

interkulturell aktuell

SSIP Mitteilungen

Nr. 1–2/2018 | 60. Jahrgang

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven e.V.
gegründet 1959

Übersicht

Gastbeitrag von Grischa Vercamer.....	2
✂ Politik interkulturellen Handelns.....	6
🏛 Interkulturelle Bildung.....	8
Gastbeitrag von Marcella April Beran.....	8
E. Europa.....	10
F. Aus der Forschung.....	14
K. Konvivenz, Kooperationen.....	19
M. Migration.....	22
R. Religion.....	24
T. Interkulturelle Tourismuspolitik.....	26
W. Weltinnenpolitik.....	28
Nachrichten für Mitglieder.....	30
SSIP-Tagungskalender.....	32
Impressum.....	43



Aus dem Inhalt:

Nicht „Fremder“, nicht „Ausländer“
Plädoyer zum Umdenken in Sprachgebrauch
und Recht, Gastbeitrag von Grischa Vercamer

Europäisches Kulturerbe
Gastbeitrag von Marcella April Beran

Nachrichten aus Genua.
Impressionen aus der Nahferne
SSIP-Mitglied Pfarrerin Kruse schreibt
aus der ‚neuen Heimat‘ am Mittelmeer



Gastbeitrag

Der Autor des folgenden Gastbeitrages, PD Dr. GRISCHA VERCAMER, stammt aus Berlin, als es noch „Berlin (West)“ hieß. Er studierte Geschichte und Germanistik und wurde an der FU Berlin promoviert. Er habilitierte sich an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder) in Mittelalterlicher Geschichte. Er hat langjährige Auslandserfahrung (1 Jahr Edinburgh/Schottland, 7 Jahre Warschau/Polen). Momentan ist er in einem von

der Europäischen Union geförderten Projekt (*An Uneven Friendship and Its Perception: The Holy Roman Empire and Poland in the Eyes of the Other's Chroniclers / Authors during the Middle Ages, 10th–15th c.*) am Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften in Warschau als Projektleiter tätig. Herr Vercamer lebt und arbeitet in Berlin und in Warschau.

Nicht ‚Fremder‘, nicht ‚Ausländer‘

Der/die Auswärtige‘ und der/die ‚Deutschsprachige‘
und ein Plädoyer zum Umdenken
in Sprachgebrauch und Recht

Grischa Vercamer (Berlin)

Wir leben im Europa der Europäischen Union. Uneingeschränkte Freizügigkeit innerhalb dieser Union ist eine der größten Errungenschaften unserer Zeit. Der Engländer lebt in Berlin, der Deutsche in Paris, der Pole in Madrid, der Rumäne in London. Es ist darin nicht unbedingt etwas Neues zu sehen, wenn die Freizügigkeit auch immer vom eigenen Geldbeutel oder dem des Förderers abhing. Man denke an Goethes Italienreisen, an Peters des Großen Entdeckungstouren nach Holland, an Adam Mickiewicz' Frankreichaufenthalt. Auch lange (bis lebenslange) Aufenthalte in der ‚Fremde‘ sind heute wie damals bekannt: Man denke an den regen Austausch des mittelalterlichen Hochadels oder des vormodernen Patriziats, wo die Töchter in die Fremde verheiratet wurden und wie selbstverständlich Teile ihrer Bediensteten mitnahmen, oder wo die Söhne in jungen Jahren an fremde Höfe geschickt wurden, so dass sie fremde Sprachen und Sitten vor Ort lernen konnten.

Als ‚fremd‘ wurde jemand normalerweise vorübergehend bezeichnet, der noch nicht mit den Gebräuchen vertraut war und der noch nicht die Sprache beherrschte. Das zeigen deutlich die lateinischen Äquivalente für ‚fremd‘: *advena* (‚Neuankömmling‘), *alienigena* (‚von woanders‘), *extraneus* (‚von außen kommend‘), *peregrinus* (‚Reisender‘, ‚Pilger‘), wie sie bereits im Mittelalter verwendet wurden. Wenn man sich allerdings irgendwo niederließ, war man schnell kein Neuankömmling, Reisender oder Auswärtiger mehr. Das bedingte natürlich, dass man sich mit den Gebräuchen und der Sprache vor Ort bekannt machte; es war geradezu überlebenswichtig. Den

Begriff des ‚Ausländers‘ kannte man jedoch nicht, da eine Begrifflichkeit des eigenen Landes, der eigenen Nation in der Vormoderne eher schwammig blieb; vielmehr verortete man sich regional: Der Fremde in Berlin konnte also neben dem englischen Kaufmann ebenso der Hamburger Kaufmann sein. Wenn man das Europa der offenen Binnengrenzen weiterdenkt, fragt man sich, ob es berechtigt ist, weiterhin Spanier, Italiener, Polen, Engländer oder Rumänen als ‚Fremde‘ zu bezeichnen, wenn diese teils doch über Jahre in Deutschland leben und sich integriert haben (bewusst werden hier EU-Bürger hervorgehoben, derzeit über 4 Mio. in Deutschland – eigentlich sollte man aber globaler denken). Zumal ist der Begriff des ‚Fremden‘ dem Begriff ‚Ausländer‘ heute gewichen – ein Wort, das im Deutschen gerne negativ ausgelegt und als Kampfbegriff (hier: wir – dort: ihr) missbraucht wird. Gerade bei Menschen mit deutlich anderem Aussehen (mit dunkler Haut, mit südländischem Erscheinungsbild) spricht der deutsche Volksmund spürbar zunehmend abfällig von ‚den Ausländern‘. Vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, ob es überhaupt noch zeitgemäß und sinnvoll ist, generell von ‚Ausländern‘ bezüglich Personen zu sprechen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Schert man dadurch nicht Menschen, die seit langem in Deutschland leben und arbeiten, völlig unzulänglich und auf nicht legitime Art über einen Kamm mit Menschen, die erst seit Kurzem in Deutschland sind oder überhaupt nur kurzzeitig, beispielsweise als Touristen, in Deutschland verweilen? Eigentlich wird der deutschen Sprache nachgesagt, präzise zu sein; genau hier scheint das

nicht der Fall. Dabei ist es etymologisch interessant, dass viele europäische Sprachen nach wie vor (wie im Lateinischen) von ‚Auswärtigen‘ (engl. *foreigner*, franz. *étranger*, span. *extranjero*, ital. *straniero*, tschech. *cizinec*, pol. *cudzoziemiec*), andere wie im Deutschen von ‚Ausländern‘ (niederl. *buitenlander*) sprechen. Letzteres ist auch im Polnischen möglich (*obcokrajowiec*). Im Russischen gibt es ‚den/die von der anderen Seite‘ (*иностранец/иностранка*). Die Gegenüberstellung des ‚Ausländers‘ gegenüber dem eigenen ‚Land‘ hat etwas Distinktives, Diskriminierendes (im ursprünglich lateinischen Sinne: *discrimen*) an sich, das seltsam aus der Zeit gefallen scheint.

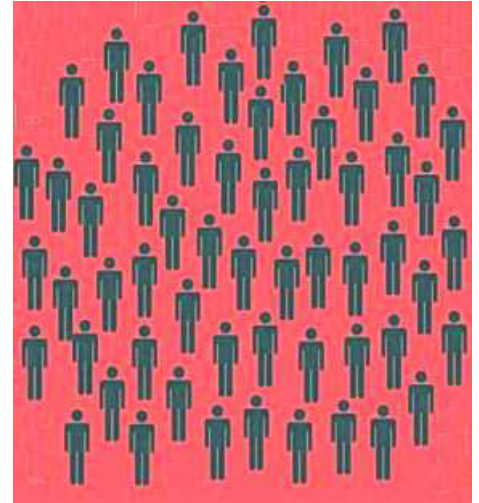
Sollte man also im Deutschen nicht zum mittelalterlichen ‚Auswärtigen‘ zurückkehren, um damit jemanden zu bezeichnen, der diesen Status nur kurzzeitig behält, bevor er entweder in seine Heimat zurückkehrt oder sich – im oben beschriebenen Sinne – integriert? Ja, dieses lässt sich in der Tat für Touristen und Reisende problemlos anwenden, würde aber in der heutigen Zeit für andere Gruppen noch zu kurz greifen. Hier muss differenziert werden: So lässt sich nicht übersehen, dass es in Deutschland große Gruppierungen gibt, die sich mit der Integration schwer tun, die ihre Herkunftssprache und Sitten derart konservieren, dass sich wenig Platz für die deutsche Umgebung ergibt. Mit den türkisch- und arabischsprachigen Minderheiten in Deutschland ist ein altes Problem angesprochen, aber zunehmend auch ein neuartiges, welches völlig anders gelagert ist und eben durch die anfangs angeführte europäische Freizügigkeit innerhalb der EU und des Schengenraums zustande kommt: Gemeint ist der Europäer nicht-deutscher Herkunft, der sich für längere Zeit (meist in den Großstädten) niederlässt und sich dabei oft auf Englisch verständigt. Die Anpassungshürden scheinen hier leicht überwindbar zu sein – auf den ersten Blick (aber eben nur auf den ersten!) sind die europäischen Gebräuche und Sitten einander ähnlich, hier muss ein Hinzukommender oberflächlich wenig hinzulernen. Man kann in den deutschen Großstädten problemlos auf Englisch ‚überleben‘. Passiert aber dann mit diesen neuen Migrant*innen (wenn sie denn lange bleiben, was viele tun) nicht das Gleiche wie mit den alten Einwanderungsgruppen (z.B. den Türken)? Sichtbar wird dabei, dass das Problem weniger ein staatsrechtliches (offizielles Vokabular: Deutsche/Ausländer), sondern ein sprachliches ist. Die Sprache ist es doch, die für die Integration und den kulturellen Erwerb unerlässlich scheint.

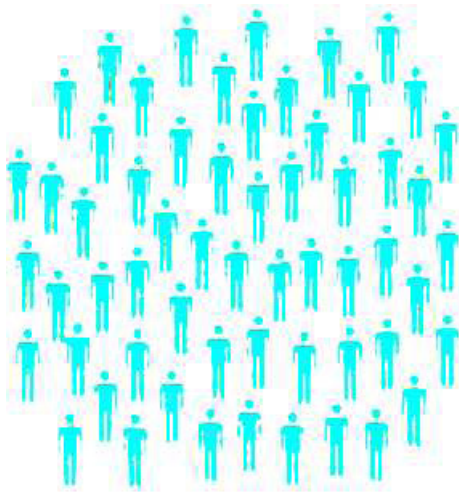
Daher spreche ich mich dafür aus, neben der strikten staatlichen Ebene eine zweite, sprachlich bedingte, offiziell anzuwendende Unterscheidungsebene einzuführen, welche – allein durch ihre Einführung – gleichermaßen für Deutsche als auch für Auswärtige motivierend und keinesfalls diffamierend wirken könnte: Neben dem Wechsel vom ‚Ausländer‘ zum ‚Auswärtigen‘ sollte noch die weitergehende Kategorie des ‚Deutschsprachigen‘ eingeführt werden.

Das möchte ich näher erklären:

Wenn man in einer beliebigen deutschen Großstadt in den touristischen und den Bezirken, die ‚angesagt‘ sind, unterwegs ist, hört man ein breites Gemisch an verschiedenen Sprachen – interessant, mondän, multikulturell. Allemaal! Allerdings hört man im Gespräch mit Freunden und Bekannten selten, dass dieser Zustand kommunikations- und vertrauensfördernd ist, dass dadurch eine unmittelbare Nähe zum Anderen aufgebaut würde. In der Tat verhält man sich im Umgang miteinander doch eher höflich, distanziert (teils vorsichtig-skeptisch) und – ja, oberflächlich. Tiefgang fehlt oftmals, woher soll dieser auch kommen, man spricht nicht die gleiche Sprache. Das ist aber zunehmend wichtig! Das Englische kann nur bedingt derart integrierend wirken wie die vor Ort gesprochene Muttersprache. Hier gibt es auf beiden Seiten Barrieren, weshalb man auch beide Seiten in den Blick nehmen muss – diejenige des Fremdsprachlers und diejenige des Muttersprachlers.

Zunächst der Fremdsprachler und hierbei die Ebene der ‚technisch notwendigen‘ Sprache: Man beherrscht die fremde Sprache so gut, dass man sich beruflich-technisch-geschäftlich einigermaßen bewegen kann. Man kann also z.B. seine Vorträge auf Englisch halten oder seine geschäftlichen Belange auf Deutsch erledigen oder seine touristischen Anliegen auf Französisch vorbringen – all dieses vielleicht nicht perfekt grammatisch, orthografisch oder von der Aussprache her, aber akzeptabel. Dass man sich mehr oder weniger verständlich machen kann, fußt auf der jeweiligen Bereitschaft des Gegenübers, verstehen zu wollen und sich selbst einfach auszudrücken (z.B. durch leichteres Vokabular). Das ist allerdings auf die Dauer für einen selbst und auch für das Gegenüber anstrengend.





Nun kommt die zweite Ebene, das ‚Wohlfühlelement‘ der Sprache ins Spiel. Wenn man eine fremde Sprache so gut beherrscht, dass man in eigentlich allen Lebenslagen zurechtkommt (selbst, wenn man einen hörbaren Akzent nie ganz verliert), hat man zurecht eine Meisterschaft erlangt. Jeder, der länger in einem anderen Land gelebt hat, kann diese beiden Stufen (wenn es nicht noch mehr Zwischenstufen sind!) gut unterscheiden. Die Meisterschaft bedeutet beispielsweise, dass ich mich

im Laden beschweren kann und die Verkäuferin mich nicht mitleidig-traurig-verständnislos anschaut; es bedeutet, dass ich mit Fremden (z.B. an der Bushaltestelle) ein lockeres Gespräch anfangen kann und dieses auch locker bleibt, ohne ins Verkrampfte abzudriften; es bedeutet, dass ich mich mit einheimischen Freunden und Bekannten treffe und nicht immer den Ausländer-Mitleidsbonus bekomme, sondern als Gesprächspartner voll und ganz akzeptiert werde. Diese Meisterschaft ist sehr schwierig zu erreichen – hier darf man sich keine Illusionen machen. Nicht umsonst hat sich erst vor wenigen Jahrzehnten in der Germanistik langsam neben dem älteren Bereich DaF (Deutsch als Fremdsprache) eine neue Ebene, DaZ (Deutsch als Zweitsprache), etabliert. Die Zielgruppe für diese Unterdisziplin der Germanistik und Pädagogik ist eben nicht mehr der Fremdsprachler, sondern der sogenannte Zweitsprachler (z.B. junge Deutsche mit Migrationsgeschichte). Die Konzepte von DaZ versuchen also bewusst, Menschen sprachlich dort abzuholen, wo sie stehen. Die Zielpersonen leben meist über Jahre in einem Land (z.B. Deutschland) und ‚funktionieren‘ auch irgendwie in diesem Land, aber letztlich sind sie sprachlich gesehen doch immer von den ‚Alteingewessenen‘ unterscheidbar und eben oftmals nicht gut integriert, obgleich sie selbst häufig im rechtlichen Sinne Staatsbürger sind. Hiermit gehen all die bekannten Segregationsprozesse einher, die eben nicht auf einer rechtlichen, sondern auf einer kulturell-zwischenmenschlichen Problematik fußen, die sehr viel mit Sprache zu tun hat.

Wechseln wir die Perspektive: Der ‚Erstsprachler‘ (wie der früher so genannte ‚Muttersprachler‘ lieber bezeichnet werden sollte) bewegt sich in seinem Umfeld sprachlich völlig mühelos. Sein Umfeld muss nicht notgedrungen die ganze Nation, das

ganze Land umfassen – klar haben Soziologen wie Niklas Luhmann herausgearbeitet, wie sehr sich Menschen in Systemen bewegen, die oftmals kommunikativ bedingt sind. Dennoch fällt es diesem Erstsprachler in seinem Land natürlich deutlich leichter, sich aus ‚seinem System‘ herauszubewegen als etwa dem Zweitsprachler oder gar dem Fremdsprachler: Letztlich spricht der Erstsprachler eben doch die gleiche Sprache wie die Mehrheit in einem gegebenen Land, wenn auch einzelne Begrifflichkeiten dialekt- oder slangabhängig sein mögen. Auch informiert er sich über ähnliche Medien, pflegt ähnliche Traditionen etc. Mit Karl W. Deutsch mag man die Nation daher eine ‚Kommunikationsgemeinschaft‘ nennen, wobei sich die Kommunikation stark, aber eben nicht nur auf die Sprache bezieht. Der Erstsprachler fühlt sich, vereinfacht ausgedrückt, schlicht wohl mit und in seiner Sprache. Wenn er mit einem Zweitsprachler oder mit einem Fremdsprachler spricht, muss er jedoch gewisse Kompromisse eingehen, indem er etwa situationsbedingt langsamer spricht oder einfacheres Vokabular benutzt. Das erfordert ein hohes Maß an Sprachreflexion und – auch das gehört zur Wahrheit dazu – ermüdet teilweise stärker, als wenn er mit einem anderen Erstsprachler kommuniziert.

Genau hier aber liegt, wenn man nicht immer weiter auseinanderdriftende gesellschaftliche Strukturen in Kauf nehmen möchte, eine erhebliche Integrationsaufgabe: Der Erstsprachler muss auf den in Deutschland lebenden Zweitsprachler und Fremdsprachler motivierend und affirmativ zugehen, während der ‚Auswärtige‘ seinerseits schauen sollte (wenn er denn länger bleiben möchte), dass er Deutsch nicht nur auf dem ‚technisch-funktionalen‘ Niveau lernt, sondern auch – gerade für das eigene Selbstwertgefühl – zur oben genannten ‚Wohlfühl‘-Ebene vorstößt und damit offiziell ‚Deutschsprachiger‘ wird. Es erfordert viel Geduld und Anstrengung von beiden Seiten, ist aber auf lange Sicht für den europäischen (und globalen) Integrationsprozess sicherlich hilfreicher als das ständige Beharren auf dem Englischen, was von vielen Menschen eben auch nur bedingt gut gesprochen wird.

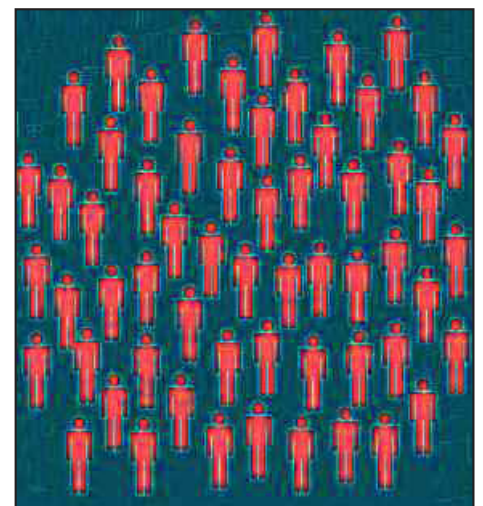
Als Fazit ergeben sich Handlungskonsequenzen. Zunächst: Die angesprochene ‚Wohlfühl‘-Ebene haben viele Menschen in Deutschland, die – nach wie vor – aufgrund ihres äußeren Aussehens oder aufgrund ihrer anderen Staatsangehörigkeit als ‚Ausländer‘ bezeichnet werden, schon lange erreicht. Diese Menschen haben große Anstrengungen

unternommen, um diese Ebene zu erlangen, und es ist empörend und auf geradezu entmutigende Weise diskriminierend, wenn sie immer und immer wieder als ‚Ausländer‘ bezeichnet werden. Die bipolare Bezeichnung Deutsche/Ausländer ist für die Integrationskraft, die Deutschland entwickeln muss, daher heutzutage geradezu kontraproduktiv. Eine Kategorie jenseits des Staatsrechtlichen muss her, um eine ‚europäische‘ Integrationskraft zu entfalten. Für Deutschland, aber auch für andere europäische Länder bietet es sich daher an, die sprachlich-offizielle Zwischenkategorie des ‚Deutschsprachigen‘ (entsprechend: ‚Spanischsprachiger‘, ‚Französischsprachiger‘) offiziell einzuführen. Dieser Begriff würde alle Mitbürger, die heute noch Ausländer genannt werden, aber Deutsch auf einem hohen Niveau beherrschen und im Rahmen des Verständnisses der deutschen Kultur und der deutschen Sitten viele Mühen unternommen haben, um sich zu integrieren, jedoch aus bestimmten Gründen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und/oder diese auch nicht annehmen wollen, umfassen. Die Begrifflichkeit, quasi als Prädikat, könnte selbstverständlich auch attributiv verwendet werden. Es könnte also beispielsweise offiziell heißen: „Ich bin deutschsprachiger Spanier“ oder „Ich bin deutschsprachiger Syrer“ etc. Wenn hierfür staatliche Prüfungen eingeführt würden, könnte es auch offizielle Zertifikate geben und man könnte sogar über Zusätze in den Pässen nachdenken. Staatlich normierte Prüfungen gibt es bereits seit längerer Zeit (in Europa: A1 bis C2 im Sinne des *Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen GER*), aber sie schlagen sich eben nicht im allgemeinen Sprachgebrauch nieder. Niemand sagt: „Ich bin Franzose mit C1-level im Deutschen.“

Eine offizielle Begrifflichkeit ‚deutschsprachig‘, gerade in der attributiven Verwendung, könnte auf längere Sicht einen wirklichen Mentalitätswechsel auf allen beteiligten Seiten nach sich ziehen. Kaum jemand – dieses speziell vor dem Hintergrund der überall in Europa aufkommenden neuen nationalen Stimmen – würde mehr auf die Idee kommen, ‚Deutschsprachigen‘ Faulheit, mangelnden Integrationswillen oder Ausnutzung der nationalen Sozialsysteme vorzuwerfen. Auf der anderen Seite würde ein erheblicher Motivationsschub für Auswärtige entstehen, die entsprechenden Sprachkompetenzen und, einhergehend damit: kulturellen Kompetenzen zu erwerben. Derartige Anstrengungen müssten dann deutlich honoriert werden – es muss ein Geben und Nehmen

von beiden Seiten sein. Indem beispielsweise ‚Deutschsprachige‘ auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt bessere Chancen erhielten oder auch andere Vergünstigungen für sich in Anspruch nehmen könnten. Es wäre dann eine offizielle Bezeichnung, mit der entsprechend in Behörden operiert werden könnte. Auf Seiten der Auswärtigen würde selbstverständlich – das soll hier nicht verheimlicht werden – nicht nur die Motivation steigen, sondern auch der gesellschaftliche Druck. Dieser müsste kanalisiert werden: Es dürfte nicht sein, dass ein ‚Auswärtiger‘, der wenige Jahre in Deutschland lebt und arbeitet, dafür diskriminiert wird, dass er die Landessprache nur unzureichend spricht. Sollte er aber über mehrere Jahrzehnte in Deutschland leben, ist aus meiner Sicht eine Erwartungshaltung zur Integration (v.a. über die Sprache) durchaus vertretbar. Von der deutschen Gesellschaft und vom deutschen Staat sollte jedenfalls solch ein Prozess durch vermehrte Angebote von Sprachkursen und kulturellen Einführungsangeboten besonders und nachhaltig gestützt werden.

Abschließend: Keinesfalls darf diese Integrationsanstrengung bedeuten, dass die auswärtigen Mitbürger ihre eigenen Sprachen, Sitten oder kulturellen Hintergründe aufgeben sollen. Im Gegenteil: Hier kann – über die Integrationskraft der Sprache – eine kulturelle Vielfalt entfacht werden, die einem Land wie Deutschland nur Vorteile brächte. Beides zu halten und zu pflegen, das Deutsche und die eigene Kultur und Sprache, setzt leider – hier darf wohl nichts vorgegaukelt werden – ein erhebliches ‚Mehr‘ an Anstrengung voraus. Aber das dürfte sich für alle Beteiligten bezahlt machen.



✂ Politik interkul- turellen Handelns

P1/18-1-2 **Völkisches im Liberalismus**

Der Bundesvorstand der *Arbeiterwohlfahrt* (AWO) hat erfreulicherweise ein breites Verständnis von ‚sozial‘ und sieht ‚soziale‘ Probleme und die karitative Praxis dementsprechend als gesellschaftspolitische Anfragen. So hatte Heft 1/2017 seiner Zeitschrift *Ansicht* das Schwerpunktthema „Gegen rechts. Rechtspopulismus wird salonfähig“. Die Haltung, die die AWO hier vertritt, ist klar und bietet ein wohlthuendes Beispiel gegen die Verständnislosigkeit, mit der manche Politiker dem ‚besorgten Bürger‘ Konzessionen und auf diese Weise antidemokratische Einstellungen salonfähig machen.

„In der Bekämpfung von Rechtspopulismus ist es wichtig, selbstbewusst und konsequent demokratische Positionen entgegenzuhalten. Dies ist mühsam und sicher nicht ohne Konflikte zu haben.“

Redaktionsmitglied PETER KULESSA hat mit Dr. OLIVER DECKER ein Interview geführt („Exportmacht als Selbsterhöhung“), in dem Bedingungen der **Herstellung** und der Möglichkeit der **Geltung von Feindbildern** angesprochen werden. Hier werden Fragen gestellt und Antworten angedeutet, die seit jeher **Thema des SSIP** waren. Priv.-Doz. Dr. phil. Oliver Decker ist Vorstand und Sprecher des *Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung* an der Universität Leipzig und Leiter des Forschungsbereichs *Gesellschaftlicher und medizinischer Wandel* an der Universität Leipzig. Oliver Decker und sein Team sind durch die Leipziger ‚Mitte-Studien‘ bekannt geworden, die seit 2002 durchgeführt werden. Das Leipziger Kompetenzzentrum und das *Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* an der Universität Bielefeld, das 1996 von Wilhelm Heitmeyer gegründet wurde, sind die beiden renommierten Einrichtungen in der Bundesrepublik, die rechtsextreme Einstellungen erforschen.

Als ein herausstechendes Forschungsergebnis der Mitte-Studien erklärte Dr. DECKER eingangs:

„Das Interessante ist, dass wir einerseits eine sehr stabile rechtsextreme, ausländerfeindliche Einstellung feststellen können, die von 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung bundesweit geteilt wird. Wir beobachten trotz des immer noch hohen

Wertes einen auf die lange Sicht kontinuierlichen Rückgang rechtsextremer, ausländerfeindlicher Einstellungen. Das heißt, generalisierte Vorurteile gegen Migrant*innen nehmen ab. Gleichzeitig ist es aber so, dass die Abwertung spezifischer Gruppen zunimmt. Die, wie wir es nennen, autoritäre Aggression gegen Fremde oder scheinbar anderes nimmt also nicht ab, sie verschiebt sich und verdichtet sich nur auf bestimmte Gruppen. Derzeit sind es vor allem Dingen Geflüchtete und Muslime. [...]“

GLEICHHEIT
FREMDENHASS
TÄTIGKEIT
UNSICHERHEIT
FREIHEIT
HASS

Peter Kuleša fragte im Anschluss daran: „Seit den 1970er- und 1980er-Jahren gab es zwei große verschiedene Entwicklungen. Zum einen die **gesellschaftliche Liberalisierung** und zum anderen den Beginn einer Phase eines neoliberalen Marktverständnisses, in deren Zuge wohlfahrtsstaatliche Grundsicherheiten abgeschafft oder konditional gemacht wurden. Ist die **Zunahme von sozialer Unsicherheit** in immer größeren Teilen der Bevölkerung ein Teil des Nährbodens für Menschen, das Fremde abzulehnen?“

Das ist eine der relevanten Fragen auch für die Interessen, die der SSIP verfolgt. Darauf antwortete Oliver Decker: „Ja. Die Liberalisierung der Gesellschaft ist natürlich auch einhergegangen mit einer **Wirtschaftsliberalisierung**. Einerseits wurden Menschenrechte von Kindern, Frauen, Schwulen und Lesben gestärkt, andererseits gingen auch



Schutzrechte verloren, die der Einzelne gegenüber der Gesellschaft genossen hatte. Das waren immer exklusive Schutzrechte, die aber abgebaut worden sind. Verloren gegangen sind Garantien, die auf gerechter Verteilung des Wohlstands basierten. Und jetzt wird es interessant: Werden die Leute jetzt rechtsextrem, weil sie weniger im Portemonnaie haben?

Nach den vorliegenden empirischen Befunden ist der Zusammenhang viel vermittelter, es geht nicht so sehr darum, was die Menschen selber vom

des Standorts. Das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum hat sich in manchen Bereichen zuungunsten des Letzteren verschoben. Allein das ist für eine offene Gesellschaft schon gefährlich.

Was blieb, war die Identifikation mit der Autorität, die diese Verschiebung legitimierte. Hier sind wir an einem wichtigen Punkt, um die Aggression gegen Geflüchtete zu verstehen: Sie rufen die Fantasie wach, dass sie das bekommen, worauf man selbst verzichtet hat. Es ist nicht einfach nur Empörung darüber, dass man weniger vom Wohlstand hat, sondern diese Empörung richtet sich als Wut auf diejenigen, die die Fantasie wachrufen, jetzt das schöne Leben zu haben, sich nicht der wirtschaftlichen Autorität unterworfen zu haben. Sozialpsychologisch gedacht: Die Identifikation kann zwar entschädigen für den eigenen Verzicht, aber die Wut, dass man selber die ganze Zeit auf die eigenen Wünsche verzichtet hat, bleibt weiter bestehen. Das sind **Ressentiments** und ist eben nicht einfach nur eine Form von Auseinandersetzung um die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.“

„Ist das ein Erklärungsmuster für die Wahrnehmung der von Ihnen beschriebenen Menschen, wonach die Exportmacht Deutschland für sie gut ist, gegenüber anderen?“

Decker: „Die Exportmacht ist vor allen Dingen gut, weil sie im beschriebenen Sinne eine Form von identifikatorischer Größe und Selbstwerterhöhung ist. Sie gestattet, sich als Teil von etwas Großem zu erleben, der ‚Deutschen Nation‘ etwa; und dies funktioniert vor allem in Relation zu anderen Gruppen, die konstruiert werden. Etwa der oftmals – völlig zu Unrecht – ins Feld geführte ‚faule Südländer‘.“

„Sind wir hier an einem Punkt, wo Extremisten sagen, dass sie die Wahrheit und das wahre Volk vertreten und alle anderen, die da nicht mitmachen oder dagegen sind, eben das nicht sind?“

Decker: „Ja. Etwas von dieser homogenen Schicksalsgemeinschaft steckte schon in dem Wort ‚Standort‘. Und das erleichtert es nun genau diesem **völkischen Denken**, in die Köpfe zu kommen. Ganz zufällig war es natürlich nicht, dass die Betonung des Standortes so leicht ihren Adressaten fand. Sie konnte an eine latent vorhandene ‚Volks‘-Vorstellung bei vielen anknüpfen. [...] Derzeit gibt



VERROHUNG
GERECHTIGKEIT
EXTREMISMUS
MENSCHLICHKEIT
FEINDLICHKEIT
TOLERANZ

Kuchen abbekommen. Der Zusammenhang ist komplizierter. Ein erster Hinweis auf die Dynamik der neuen autoritären, rechten Bewegung ist: Alles, worüber wir gerade im Kontext wirtschaftlicher Liberalisierung sprechen, wurde vielfach ohne Weiteres anerkannt und akzeptiert.“

„Inwiefern?“

Decker: „Nehmen Sie das Wort **Wirtschaftsstandort**. Es beinhaltet schon **nationale Konnotationen**. Im Zuge etwa der Hartz-IV-Reform und sämtlicher Liberalisierungsprozesse haben Betroffene auf die Realisierung eigener Lebensentwürfe und Wünsche verzichtet. Das war nie ohne Verrechnungskosten zu haben. Es bedeutete immer auch, dass es eine Gratifikation an einer anderen Stelle braucht. Und das ist nicht zuletzt die Identifikation mit der Macht und Stärke deutscher Wirtschaft und

es mit der AfD eine Partei, die die organisatorische Basis für die unterschiedlichen und nicht immer nur rassistischen und antimodernen, aber durchaus anderen Vorstellungen von Gesellschaft bereithält.“

Direkt zur AfD fragte Kuleßa: „Sie zeigen in Ihrer aktuellen Studie 2016, dass das Wählerpotenzial der AfD bei jenen Menschen zu verorten ist, die deutlich rechtsextreme und vorurteilsverhaftete Einstellungen haben. Passt dies auch zur Partei und deren Verständnis?“

Decker: „Ja. Sehr viele der AfD-Repräsentanten sind bekennd offen völkisch, antisemitisch oder rassistisch orientiert. Die bieten sich damit als Identifikation an. Und, ganz wichtig: Die Repräsentanten der AfD kommen selber aus jenen Wählerschichten, die angesprochen werden sollen. Dies war und ist bei dem Personal der NPD nicht so gewesen.“

„Warum fällt es anderen Parteien oder Organisationen der Zivilgesellschaft so schwer, schlüssige

Gegenstrategien im Umgang mit Rechtsextremismus und/oder auch der AfD zu entwickeln?“

Decker: „[...] Das ist eine große Herausforderung, weil es auch immer wieder die Beschäftigung mit der eigenen Position erfordert. Es ist notwendig, wenn man die eigenen manchmal in Alltagsvorstellungen tief sitzenden rassistischen oder exklusiven **Denkgewohnheiten** selber bemerkt und hinterfragt. So hätte man sich in der Vergangenheit beispielsweise vor Augen führen müssen, dass die Reden vom Wirtschaftsstandort Deutschland immer schon **nationalistische** Einsprengsel hatten und dass es deswegen auch so leicht ist, plötzlich die Logik aufzugreifen und in eine andere Richtung weiterzuführen.“

Quelle: AWO ANSICHT 1/17, S. 10–16
c/o AWO Bundesverband e.V., 10961 Berlin,
Blücherstr. 62/63
www.awo.org

B1/i8-1-2 Europäisches Kulturerbe

Die EU ist ein bisher einmaliges Projekt und der Versuch, aus einem Kontinent eine Gemeinschaft mit gemeinsamer Identität zu erschaffen, eine Gemeinschaft, deren Mitglieder sich trotz vieler Unterschiede gegenseitig den Rücken stärken und auch die Gemeinsamkeiten erkennen, welche sie verbinden. Unter anderem deshalb hat sich die Europäische Union dazu entschlossen, **2018** zum „Europäischen Jahr des Kulturerbes“, wie es auf der offiziellen website der EU heisst, oder – wie im Logo – dem Europäischen Kulturerbejahr zu ernennen. Die gemeinsamen Wurzeln zu erkennen und zu wahren, darum geht es. Unser europäisches Erbe ist so signifikant für unsere Identität, dass es wichtig ist, sich mit der Thematik ausreichend zu beschäftigen und unser Erbe zu würdigen.

Laut der Europäischen Union ist es das **Hauptziel** der Europäischen Jahre, für bestimmte Themen zu sensibilisieren, Diskussionen anzustoßen, zum Umdenken anzuhalten und politische Signale zu senden. So können die Regierungen der EU-Länder beispielsweise der Bevölkerung zusichern, dass das betreffende Thema für sie wichtig ist



und künftig auf der politischen Tagesordnung stehen wird. Manchmal schlägt die Europäische Kommission sogar neue Rechtsvorschriften zum jeweiligen Thema vor. Die Kommission ist es auch, welche die Themen anbietet und die Europäischen Jahre initiiert. 2015 war zum Beispiel das Europäische Jahr für Entwicklung, während es in 2016 und 2017, zum ersten Mal seit 1983, überhaupt kein „Europäisches Jahr“ gab. Umso wichtiger ist es wohl, dass 2018, mit dem Thema des Kulturerbes, wieder erfolgreich Früchte trägt.

Am Europäischen Kulturerbejahr 2018 können alle öffentlichen und privaten Träger mitwirken: Bewahrer und Vermittler des kulturellen Erbes, also beispielsweise Museen, Gedenkstätten, Archive, Bibliotheken bzw. Verwaltungen, Träger,





Shakespeare's Globe,
London, 2017
© Marcella A. Beran

Vereine, Fachgesellschaften, Förderkreise, die Zivilgesellschaft sowie all jene, die das Anliegen unterstützen oder mehr über die europäische Dimension unseres kulturellen Erbes erfahren möchten. Aus diesem Grund ist es sehr zu bedauern, dass kaum ein Bürger, aufgrund der mangelnden Berichterstattung, überhaupt etwas vom Europäischen Jahr 2018 weiß.

2018 ist aber trotz des Desinteresses der Medien von einer Vielzahl interessanter Veranstaltungen von den unterschiedlichsten Teilnehmern und den verschiedensten Formaten geprägt. Der zentrale Höhepunkt ist der *European Cultural Heritage Summit*, welcher vom 18. bis 24. Juni 2018 in Berlin stattfinden wird. Organisiert wird der Summit vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, *Europa Nostra* und der Stiftung Preussischer Kulturbesitz. Unter anderem wird dort auch der *European Cultural Heritage Award* verliehen. Im September finden noch zwei Highlights statt: der **Tag des offenen Denkmals** „Entdecken, was uns verbindet“ am 9. September 2018 und das Europäische **Glockengeläut** am Internationalen Friedenstag, dem 21. September 2018. Ganz im Zeichen von *Sharing Heritage* findet vom 8. bis 10. November 2018 die „denkmal-Messe“ in Leipzig statt. Weitere Veranstaltungen und Informationen sind auf der offiziellen Website des Europäischen Kulturerbejahres 2018 (www.sharingheritage.de) zu finden. Auf der Website kann man sich auch mit seiner eigenen Projektidee online registrieren.

Doch was ist eigentlich mit dem europäischen

Erbe gemeint? Hierzu gehören insbesondere Denkmäler, aber auch unsere Mode, Bräuche, digitale Werke und auch unsere Landschaft mit ihrer Pflanzenvielfalt etc. Für das Europäische Jahr 2018 sowie für alle offiziellen *Sharing Heritage* Beiträge wurden außerdem fünf Leitthemen festgelegt: Austausch und Bewegung, Grenz- und Begegnungsräume, Europäische Stadt, Erinnern und Aufbruch sowie Gelebtes Erbe.

Es gibt unter anderem viele wichtige Interessenträger aus dem kulturellen Sektor und Organisationen der Zivilgesellschaft, die eng in die Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Jahres eingebunden sind. Es sind laut der offiziellen Website der Europäischen Union (europa.eu) 28 Länder mit insgesamt ca. 10.000.000 Teilnehmern und 7.840 Veranstaltungen rund um unser kulturelles Erbe beteiligt. Als ein großer deutscher Akteur ist da beispielsweise die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, die größte private Initiative für Denkmalpflege in Deutschland, zu nennen. Auf ihrer Website www.denkmalschutz.de steht der schöne Satz „Denkmalschutz ist unser Dank an die Vergangenheit, die Freude an der Gegenwart und unser Geschenk an die Zukunft.“

Doch für eine gesunde Auseinandersetzung ist es nicht nur wichtig, unser europäisches „Erbe“, unsere europäischen Traditionen und unsere Vergangenheit zu würdigen, sondern diese auch kritisch zu betrachten und Verbesserungsmöglichkeiten für die Zukunft zu erforschen und auch umzusetzen. „Tradition ist die Weitergabe des



Feuers und nicht die Anbetung der Asche.“ — so sagt eins meiner Lieblingszitate, das schon Thomas Morus, aber auch vielen Späteren zugeschrieben wird. Lassen Sie uns also gemeinsam Initiative für ein besseres und vereintes Europa ergreifen, damit auch die Kinder unserer Ururenkel stolz auf das kulturelle Erbe sein können, was wir ihnen bewahrt und hinterlassen haben!

E. Europa

E1/18-1-2 **Europa, Russland und die kleinen Staaten**

GÜNTER VERHEUGEN ist als Querdenker auf dem linksliberalen Spektrum bekannt. Beim Neujahrsempfang des *Dialogue of Civilizations Research Institute* (DOC) in Berlin hielt er einen Vortrag „Zur europäischen Lage“, den er dramatisch mit dem Bild einleitete, die *doomsday clock* stehe auf 2 Minuten vor 12. Was können, spitzte er sein Thema zu, Deutschland und Europa tun, damit die Atomkriegsuhr wieder zurückgestellt werden kann?

Verheugens Ausgangspunkt war das Bekenntnis zu einem Konzept, das auch Leitidee des SSIP ist: **das Gemeinsame Haus Europa** (1987). Gleichzeitig hob er vor den im DOC versammelten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Bedeutung der Charta von Paris hervor. Wie könne man eigentlich soweit gehen, wie es seit 1990 ja ab und zu geschehe, Russland nicht mehr als Teil Europas sehen?

Unter der Frage „Was will Europa in Zukunft erreichen?“ machte Verheugen, der Professor h.c. an der Universität Frankfurt/Oder „Viadrina“ ist, einige Anmerkungen zur Stellung Europas in seinem unmittelbaren politisch-geographischen Umfeld. Welche Partner braucht Europa? Der wichtigste Partner sei – so betonte er einmal mehr – **Russland**. Der Grundsatz der gleichberechtigten Partnerschaft habe vor ca. zehn Jahren leider begonnen zu „erodieren“, wie er es höflich umschrieb. Aber wir erleben einen Prozess des Zusammenwachsens – trotz des gegen Russland gerichteten „hysterischen Geschwätzes“. Diese „Russlandhysterie“ wiederum könne ja „kein Zufall sein“, wie er andeutungsvoll durchblicken ließ. Russland habe Sicherheitsinteressen, die zu respektieren seien. Der Westen dürfe nicht den Versuch unternehmen, Einflusszonen in der Ukraine oder Weißrussland zu schaffen. Auf

Marcella April Beran

Studentin (22), Hochschule Magdeburg-Stendal, Studiengang „Internationale Fachkommunikation und Übersetzen“

unter Verwendung von: http://www.dnk.de/site_de/index.php?node_id=2519; https://europa.eu/european-union/about-eu/european-years_de; u.a.

die Frage, wie es mit der **NATO** stehe, erklärte Verheugen unmissverständlich: Kohl, Mitterand und Thatcher haben Gorbatschew zugesagt, dass die NATO nicht an die **russische Grenze** vorrücken werde. Die Dokumente, die dies belegen, seien jetzt aus der Sperrfrist freigegeben. Es klang wie ein Nachtrauern, als Verheugen an die Zeiten erinnerte, wo man über eine NATO-Mitgliedschaft Russlands nachgedacht habe.

Im Fall der **Ukraine** beschuldigte Verheugen, der ein Berater der *Agentur zur Modernisierung der Ukraine* (AMU) ist, den Westen der Arroganz und der Missachtung dieser Zusagen. Die Ukrainepolitik vorher mit Russland zu besprechen, habe ‚man‘ ja nicht für nötig gehalten. Jetzt müsse man von der Ukraine verlangen, sich an das Minsker Abkommen zu halten und für einen Abbau der Spannungen zu sorgen. Der Westen müsse die Interessen der **Minoritäten** in Osteuropa berücksichtigen – und den Zuhörern war klar, dass Verheugen hier auch die russischen Minoritäten in den früheren Sowjetrepubliken meinte.

Es war nicht ganz klar, ob Verheugen als nächst-wichtigen Partner die **Türkei** ins Licht rücken wollte. Der Frage, warum dort eine vielversprechende Entwicklung abgebrochen sei, widmete er einen Gutteil seiner Rede. Noch 1999 war die EU entschlossen, sie ins Boot zu holen, habe man an die Verbindung von Islam und Demokratie geglaubt. Drei Gründe dafür, dass die guten Ansätze entgleist seien, nannte Verheugen:

- zunächst das Scheitern des Projektes einer EU-Verfassung,
- dann „dieser ständige Gestus des moralisch Überlegenen, der die Weisheit gepachtet hat“ v.a. von Seiten der Bundesregierung unter Angela Merkel (das Gerede, die Türkei „sei noch nicht reif“ für den Beitritt),

- schließlich die Dominanzpolitik in der Euro-Krise.

Hier geißelte Verheugen das **Feindbild** von den „faulen Südländern“, denen man „unser“ Geld nicht in den Rachen werfen dürfe — wo doch gerade die Bundesrepublik an deren Finanzmisere prachtvoll verdient habe.

Wozu brauchen wir die EU eigentlich? Abgesehen von der Sicherung des Friedens in Europa ganz allgemein, mahnte Verheugen, dass heute nach wie vor als Gebot gelte, was als Absicht am Anfang des europäischen Einigungsprozess gestanden habe: die notwendige Einbindung Deutschlands in Europa. „Das sollten sich mal alle hinter die Ohren schreiben, die von einer ‚**Führungsrolle**‘ **Deutschlands** in Europa faseln.“ Dieser Punkt ist Verheugen so wichtig, dass er ihn am Ende seiner Rede wiederholen wird: „Kein Mensch in Europa wartet auf deutsche Führung.“ Die Deutschen sollten nicht versuchen, „die Geschichte umzuschreiben“.

Für ein vereinigtes Europa gibt es darüberhinaus vier gute Gründe:

- Im Zuge der Globalisierung wachsen die sozialen Spannungen in einer Vielzahl von Ländern (Man bedenke nur: „Die 8 reichsten Personen in den USA verfügen über so viel Geld wie ganz Afrika.“)
- Die Migrationsströme werden wachsen (Die Migranten werden „wenn nötig über den Nordpol“ kommen). Die zwischen SPD und CDU ausgehandelte Obergrenze für Familienzusammenführungen von 1000 pro Monat nannte er „absurd“ und „bizarr“. Aus der Prognose, dass in 50 Jahren der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung gerade noch 4% betragen wird, sollten diese die politischen Schlussfolgerungen ziehen.
- Der Klimawandel wird neben Kriegsflüchtlingen vermehrt Klimaflüchtlinge hervorbringen.
- Den künftigen strategischen Problemen muss Europa geeint gegenüberstehen. Verheugen sieht die Zukunft v.a. von einer Rivalität USA/China bestimmt.

Aus diesen Gründen folgt: Wir Europäer haben alle die gleichen Probleme. Teile nationalstaatlicher Souveränität müssten deswegen „gemeinsam ausgeübt“ werden, wie er es formulierte; jedenfalls so weit, dass die europäische Stimme in den internationalen Foren hörbar sei.

Doch den **Nationalstaat** verteidigte Verheugen. Der „Bedarf an Identifizierung“ sei nur durch ihn zu befriedigen. „Eine rein europäische Identität gibt es nicht.“ Einige Komponenten europäischer Identität immerhin blitzten in Verheugens Ausführungen hervor, z.B. Ehrlichkeit – in einem zweifachen Sinne. Verheugen hält es politisch für verwerflich, wenn sich eine Regierung oberlehrerhaft aufspielt. Und Europa solle auch nicht **scheinheilig** sein. Auf eine Frage aus dem Publikum, wo denn das Christliche an Europa bleibe, erklärte Verheugen geradeheraus: „Das **Christentum** gehört nicht zu den geistigen Grundlagen der EU“, wohl die Aufklärung, aber der christliche Staat sei nur eine von mehreren Staatsformen in Europa. Das „europäische Christentum“ – und darunter versteht Verheugen „die organisierte Kirche“ – hat keine Kraft, die Gesellschaft zu gestalten. Diese Feststellung steht im Einklang mit einer breiten Kritik, die an den europäischen Amtskirchen seit langer Zeit geübt wird (vgl. hierzu: Gustl Roth im Erscheinen / 2018). Drittens solle ein Grundprinzip europäischer Politik die Maxime guter Nachbarschaft sein. Einen hoffnungsvollen Keim, wo diese Maxime generalisierte Kraft gewinnen könnte, sieht er gegenwärtig beispielsweise in Frankreich und in der sich anbahnenden engeren Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Ganz sicher funktioniert seiner Meinung nach gute Nachbarschaft in Osteuropa nicht ohne Russland. Als ein im wahrsten Sinne des Wortes weit-gestecktes Ziel scheint ihm eine **Eurasische Wirtschaftsunion** „von Lissabon bis Wladiwostok“ unter Einbeziehung von China nicht als utopisch, und „gute Nachbarschaft“ beinhaltet für ihn vermutlich nicht zuletzt, den kleinen Staaten Ostmitteleuropas soviel Sicherheit zu vermitteln, dass sie unter „euro-atlantischen Strukturen“ nicht mehr reflexartig nur „NATO“ verstehen. AT

Gustl Roth, Dialogische Existenz, in: Drea Fröchtling / Roswith Gerloff † / Armin Triebel (Hgg.), Glaube über Grenzen hinweg / Faith Across Frontiers (Perspektivenwechsel Interkulturell; 5, Berlin: Weißensee), S. 43–65 (im Erscheinen).

E2/18-1-2 **Wohin strebt Europa?**

Die Deutsche Gesellschaft e.V. in Berlin wurde „mit dem Ziel gegründet, die Teilung Deutschlands zu überwinden, das Miteinander in Deutschland und Europa zu fördern sowie Vorurteile abzubauen.“

Die Deutsche Gesellschaft hat jetzt einen studentischen Essaywettbewerb gestartet: „1918–2018: Wohin strebt Europa?“. Studierende bundesweit sind dazu eingeladen, sich mit dieser Fragestellung auseinanderzusetzen; denn die Gestaltung Europas und der Europäischen Union gehört zu den aktuell und kontrovers behandelten Themen in der Öffentlichkeit. Kaum ein Thema polarisiert und wirft so viele Fragen auf: Fragen nach Konzepten, Visionen oder Lösungsansätzen aus der Krise.

Die Idee eines geeinten, auf gleichen Werten basierenden Europa ist nicht neu und hatte bereits nach dem Ersten Weltkrieg Hochkonjunktur. Heutzutage stellen viele das Konzept eines einigen, grenzenlosen Europa in Frage — nicht erst seit den Flucht- und Migrationsbewegungen nach Europa. Europa scheint gespalten. Die einen fordern eine engere Zusammenarbeit und haben gar die Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“, die anderen besinnen sich zurück auf den Nationalstaat mit klaren Territorialgrenzen.

Welche Wege aus den Krisen soll Europa nehmen, und wie soll seine Zukunft aussehen? Inwieweit sind die Ideen der europäischen Vordenker der Zwischenkriegszeit bei der Gestaltung der Zukunft Europas noch ein Thema? Welche Rolle spielt der europäische Wertekanon im 21. Jahrhundert noch für die Einigung des Kontinents? Enthält das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ ausreichende Lösungsansätze?

Aus den eingegangenen Essays, die anonymisiert werden, wählt eine sechsköpfige Jury bis Mitte Oktober die besten Essays aus. Zu den Bewertungskriterien gehören: Originalität, Analysekraft und sprachlicher Ausdruck. Die drei besten Texte werden prämiert: Der 1. Platz ist mit 2.000 €, der 2. Platz mit 1.000 € und der 3. Platz mit 500 €. Zwanzig weitere Texte erscheinen in einer gedruckten Publikation. Bewerbungsfrist ist der 1. September 2018.

Kontakt: Dr. Evelyn Schmidt (Referentin Kultur & Gesellschaft), Tel.: 030/88412-252, evelyna.schmidt@deutsche-gesellschaft-ev.de

Quelle/Text: DG (2.5.18—10:55. <https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/wettbewerbe/833-essaywettbewerb-wohin-strebt-europa.html>).

DESSA40
WETTBEWERB



E3/18-1-2 Europäische Bildung neu denken

Von der Sektion Deutschland der AEDE (*Association Européenne des Enseignants* e.V.) – das ist der *Europäische Bund für Bildung und Wissenschaft* in der AEDE (EBB-AEDE) – erreicht den SSIP folgende Erklärung zu einem Programm Europäischer Bildung:

Bildung neu denken – Politische Forderungen und Perspektiven

Allerorten wird derzeit über die Zukunft Europas diskutiert, gerne unter dem Stichwort „Europa neu denken“. Als EBB-AEDE versuchen wir schon seit einiger Zeit unseren Beitrag mit dem Fokus auf die europäische Bildung zu leisten. In diesem Rahmen können wir 3 Knackpunkte als Zwischenfazit festhalten, die auch im bevorstehenden Wahlkampf zum EU-Parlament eine Rolle spielen sollten.

1. Die EU, d.h. Kommission und Parlament, brauchen das Recht, europäische Bildung (= Bildung über sich selbst) mit zu gestalten, damit in dieses Thema auch eine europäische Perspektive kommt und nicht nur 28 nationale Perspektiven auf (oder gar gegen) Europa addiert werden. Die diskret größer werdenden Versuche des Parlamentes und der Kommission bestätigen die These, dass eine solche Bildungsarbeit sinnvoll und möglich ist. Deshalb müssen Kommission und Parlament sich das Recht nehmen, für Quantität und Qualität des Schulunterrichts über die EU und ihre Ziele und Werte, ‚Mindeststandards‘ zu entwickeln und deren Erreichung mit den üblichen Methoden regelmäßig zu überprüfen.
2. Eine auf der Basis der Pariser Erklärung der EU-Bildungsminister erfolgende Neu-Legitimierung ihrer Bildungsarbeit würde es der EU zudem ermöglichen, das Erasmusprogramm von der Notwendigkeit zu befreien, (nur) wirtschaftlich nützliche Bildung zu betreiben und auf das Wirtschaftskonzept ‚Lissabon 2020‘ auszurichten. Stattdessen muss der EU die Möglichkeit gegeben werden, eine interkulturelle politische Bildung zu entwickeln und muss die offensichtlich zu erwartende Steigerung der finanziellen Mittel für das Erasmusprogramm dazu genutzt werden, die pädagogische Qualität zu verbessern..

Das bisherige Erasmusprogramm ist viel zu stark von der Kontakthypothese bzw. der interkulturellen Naivität geprägt, die davon ausgeht, dass es z.B. reicht, junge Menschen per Interrail durch Europa reisen zu lassen, damit interkulturelles Lernen geschieht. Es gibt genügend Studien, die belegen, dass eine qualifizierte pädagogische Begleitung die Chancen deutlich erhöht, dass die durch die Reisen angestoßenen Lernprozesse zu einem Abbau von Vorurteilen führen und nicht zu einer Bestätigung und Bestärkung vorhandener (Feind)Bilder führen.

3. Diese Qualitätssteigerung kann durch eine bessere Verknüpfung der verschiedenen Dimensionen des Programms und durch eine Verflechtung des Bildungsprogramms mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Institutionen erreicht werden. Konkret kann das heißen, dass Studierenden z.B. die Teilnahme an interkulturellen Vorbereitungs- und Auswertungsseminaren ebenso wie die Mitarbeit in Schulen oder Europahäusern im Gastland empfohlen und finanziell gefördert wird. Das Programm „Europa macht Schule“ kann hierbei als Vorbild dienen.

Im Schulbereich sollten die Nationalen Agenturen verpflichtet werden, ihre Informations- und Bildungsarbeit zum Erasmusprogramm mit zivilgesellschaftlichen Trägern der europäischen und interkulturellen (Jugend)Bildungsarbeit (Europahäuser, Jugendverbände, Bildungsstätten, Stiftungen, ...) mit dem Ziel zu vernetzen, die dort vorhandenen Kompetenzen für die schulische Arbeit zu erschließen. Dies kann sowohl durch die Einrichtung von entsprechenden Beiräten auf nationaler und europäischer Ebene geschehen als auch durch die Übernahme von Moderatorenstellen durch Fachkräfte der europäischen und interkulturellen Bildungsarbeit.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass europäische Bildung Thema im Eurowahlkampf wird und auf die Agenda des Europaparlamentes und der nächsten EU-Kommission kommt!

gez. Alfons Scholten (Vorsitzender EBB-AEDE e.V.)

Quelle: EBB-AEDE 14.6.18–19:45



Polsko-niemiecki projekt współpracy i program praktyk
Deutsch-Polnisches Praktikums- und Vernetzungsprogramm

E₄/18-1-2 **Deutsch-polnisch**

Die Webpräsenz des deutsch-polnischen Projekts „Entdecke Dein Nachbarland! – Poznaj Kraj Sąsiada!“ ist im Januar 2018 online gegangen. Unter www.entdecke-dein-nachbarland.de bzw. www.poznaj-kraj-sasiada.pl bietet unter anderen das Bildungswerk Sachsen der Deutschen Gesellschaft e. V. ein grenzübergreifendes Praktikumsprogramm für Berufsschulen und Unternehmen

aus Sachsen und Polen an und stellt darüber hinaus Vernetzungsangebote bereit, die gezielt zur Stärkung der Zusammenarbeit von Ausbildungsstätten und Unternehmen beitragen sollen. Ab 2018 werden junge Auszubildende aus Ostsachsen und Polen (Woiwodschaft Dolnośląskie) für ein Betriebspraktikum ins jeweilige Nachbarland eingeladen.

Quelle: DG-Newsletter Januar 2018 (2.1.2018 14:51)



F. Aus der Forschung

F₁/18-1-2 **Sursum corda!**

Wie soll man ein Buch vorstellen, welches für die Jahre seit dem ersten 2000er-Jahrzehnt statistische Analysen, Fachexpertisen und qualitative Interviews zur Zuwanderung von Asylsuchenden und Flüchtlingen enthält und das den Leser *en passant* über den „Gemeinen Kasten“ der städtischen Ehrbarkeiten in der Frühen Neuzeit, über die Sieben Werke der Barmherzigkeit nach Matth. Kap.25 und über den Jerusalemer Apostelkonvent unterrichtet; das gleichzeitig eine *tour d’horizon* durch gängige sozialwissenschaftliche Theorien und neuere Erklärungsansätze über die phylogenetische Entwicklung des Menschen aus der Sicht der Evolutionären Anthropologie bietet, eine statistische Sekundäranalyse ist, Primärinformationen in petto hat und aus beidem Empfehlungen für die Politik generiert? Ein Buch, in dem der Leser mit „win-win-Versprechen und harm-harm-Folgen“ konfrontiert, ihm Al-Kaida an Hand der Schlupfwespe erklärt wird, und wo ihm nebenbei Exkurse über die Kulturgeschichte der politischen Standortbestimmung „rechts“ oder die deutsche Raumordnungspolitik im Spiegel des mittelalterlichen „*cuius centrum ubique circumferentia nusquam*“ geboten werden?

Den Kern der empirischen Arbeit der Autoren bildet die Re-Analyse der deutschen Wohnbevölkerung 2009-2013, die Migrationserfahrungen oder eine Migrationsgeschichte hatten – die Autoren übernehmen streckenweise den zwar offiziellen, aber ungebührlichen Begriff „Migrationshintergrund“

(vgl. dazu: Armin Triebel, Kultur, 2016) –, das waren 15,9 Mill. Menschen laut Mikrozensus 2013 (Kapitel 4). Diese Grundgesamtheit wird nach Alter, Wohnort, Bildung usw. und v.a. hinsichtlich des Grades ihres nach ihrer Migrationsgeschichte unterstellten Kulturaneignungsbedarfs in Gruppen aufgeteilt und nach sozialstrukturellen Variablen beschrieben. Diese Aufschlüsselungen vergleichen Vogt et al. mit bisherigen integrationsrelevanten Erhebungen (RAM, IMI und WZB). Die Auseinandersetzung mit den Milieustudien von SINUS SOCIOVISION bringt zusätzlich identitätsrelevante Integrationsindikatoren zum Tragen, leider kürzer, als die lebhafteste Diskussion um Identitätsbildung und Identitätspolitik es verdient hätte.

Als Ergebnis stellt sich über die Datenanalyse hinweg heraus, dass gute Integration in die deutsche Gesellschaft mit **Einbürgerung** einhergeht. Aufgrund der Art der diskutierten Daten kann indes keine Aussage darüber gemacht werden, welche Variable hier von welcher abhängt. Die Autoren sehen jedenfalls gute Gründe, die Einbürgerungspolitik zu liberalisieren. Dies umso mehr, als sie an verschiedenen Stellen auf die prekäre demographische Situation Sachsens und der Bundesrepublik hinweisen, die in den kommenden Jahren eine **kräftige Zuwanderung nötig** machen wird. Sie halten eine vertiefte Analyse der Daten nach z.B. geographischer und religiöser Herkunft oder ethnischer und milieutheoretischer Zugehörigkeit für wünschenswert, um Migrations- und Integrationspolitik zielsicherer auszurichten.

Die Defizite der Daten werden ausgeglichen durch einen umfangreichen Anhang, der vier „Experten-Ansichten“ („Kap. 5“) und 18 **Experten-Interviews** mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Unternehmern aus Sachsen enthält. Insgesamt wurden 21 Verantwortungsträger befragt. Die Auswertung dieser Interviews füllt das ganze Kapitel 6. Mit dem augenzwinkernden Humor, der weite Teile des Buches auszeichnet, ist als erste der „**Experten-Ansichten**“ das Achte Hauptstück („Von der Vergrößerung der Bevölkerung durch Anreizung und Aufnahme der Fremden“) aus Johann Heinrich Gottlob Justis berühmtem Werk „Grundfeste zu Macht und Glückseligkeit der Staaten“ als „Brief an Angela Merkel aus dem Jahre 1760“ abgedruckt. Der provokative 30seitige Aufsatz von Werner Patzelt über „Möglichkeiten von Einwanderungs- und Integrationspolitik in (Ost-)Deutschland“ würde eine eigene Besprechung erfordern.

Die „Oberfrage“ der Verfasser zielt auf „eine erneuerte Migrations- und Integrationspolitik“; also stehen am Ende des Buches 100 Seiten **Handlungsempfehlungen** (Kap. 7). Diese reichen von einer Landesausstellung „Innovation und Integration“ über den verfassungsändernden Vorschlag einer Einführung der Landesbürgerschaft bis zur Gründung einer Eine-Welt-Universität in Bonn. Handlungsempfehlung IV entwirft ein Forschungsprogramm mit dem Ziel, die ankommenden Migranten je nach ihrer „Nähe“ oder „Distanz“ zur „deutschen“ Kultur zu typisieren.

Abgesehen von diesem befremdlichen Vorhaben berührt insbesondere das dritte Kapitel („Wie sind Menschen eigentlich?“) die **Thematik des SSIP**. Darin entwickeln Vogt et al. evolutionsbiologisch aus der Phylogenese von *homo sapiens* heraus eine Theorie der **Wir-Gruppe**. Die „Zwischengruppenkonkurrenz“ und die Notwendigkeit zur Optimierung der Kooperation führten demnach schon in den Jäger- und Sammlerpopulationen vor der Neolithischen Revolution zur Bildung „moralischer Gemeinschaften“ und zur Entstehung „kultureller Zwischenwelten“. Gruppengrenzen und die Unterscheidung zwischen Eigengruppe und Fremden haben sich entsprechend als zwangsläufiges Resultat der Evolution ergeben. Die Verfasser spitzen es auf den Satz zu: „**Xenophobie** ist die Kehrseite von Gruppenintegration und **Gemeinsinn**.“ (S. 162) Hatte Kultur für Integration und Gemeinsinn also immer eine Schlüsselrolle, so kommt der **Kulturpolitik**,

sagen sie, für die Integrationsprozesse in der Bundesrepublik im 21. Jahrhundert eine zentrale Stellung zu.

Mit der Erkenntnis, dass sich Menschen im Prinzip durch beliebige kulturelle Markierungen zu einer Gruppe integrieren können und dass es bei der kulturellen Markierung von Differenz nicht auf den Bedeutungsinhalt des *markers* ankommt (sie verweisen hier schon auf Tajfel und Turner), schließen die Verfasser an den neueren Forschungsstand in der Theorie über die Kommunikation von Wir-Gruppen, die essentialistische Erklärungen ablehnt (Fredrik Barth), an. Dadurch, dass sie der Konstruktion von Identität im iterativen Prozess gegenseitiger Spiegelungen, auf den die postkoloniale Theorie aufmerksam gemacht hat, nicht systematisch nachgehen, verbleiben sie allerdings in einer essentialistischen Auffassung von Kultur. Vieldiskutierte

Begriffe wie Hybridität oder *switching* sucht man vergebens. Das Buch hängt noch den frühklassischen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts von Kulturen, die wie eigene Welten in unterschiedlicher Distanz und Nähe zueinander existieren, an. So wird von „deutscher“ Kultur geredet (z.B. S. 155: Kultur „tief verwurzelt als zwei Seiten einer – in dieser Klarheit typisch deutschen – Medaille“, oder S. 172: Die Deutschen bräuchten einen „kulturellen Markenkern“, Verfassungspatriotismusreiche nicht), oder es wird vor einer „multiethnischen Gesellschaft ohne Leitkultur“ gewarnt, die den „Bestand der deutschen Kultur“ durch ihre größere Fertilität gefährde (S. 190). Auf der Ebene unterhalb der Nation werden mit Recht die Regionen – hier: Sachsen – als Identifikationsträger empfohlen; auf der anderen Seite taucht Europa als übernationales Identifikationsziel kaum auf.

Immer wieder erlebt der Leser eine eigentümliche Ambivalenz, die sich durch das Buch hindurchzieht. Die Handlungsempfehlung IV

Matthias Theodor Vogt / Erik Fritzsche / Christoph Meißelbach, *Ankommen in der deutschen Lebenswelt. Migranten-Enkulturation und regionale Resilienz in der Einen Welt*, unter Mitarbeit von Sebastian Trept / Anselm Vogler / Simon Cremer / Jan Albrecht, mit Beiträgen von Johann H. G. Justi / Sieried Deinege / Werner J. Patzelt / Anton Sterbling und zahlreichen Verantwortungsträgern aus Wirtschaft, Politik und Kultur und einem Geleitwort von Rita Süßmuth und einem Nachwort von Olaf Zimmermann (Europäisches Journal für Minderheitenfragen, Bd.9, No.1-2), Berlin: Wissenschaftsverlag 2016, 523 S., ISBN 978-3-8305-3716-8, ISSN 1865-1089; 78,10 €.

F

wird mit der These, dass Kulturaneignung von Migranten „ein bidirektionaler Prozeß zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft“ sei, eingeleitet; das folgende Forschungsprogramm indes beruht auf der Vorstellung, jede „Kultur“ sei durch die Ausprägungen von vier Variablen („Ethnie“, „Konfession“, Herkunftsstaat und „Milieu“) abschließend beschreibbar. Auf der einen Seite bezeichnen die Verfasser „Integration“ als „mentales Heimischwerden durch handlungsleitende Verinnerlichung der kulturellen Leitvorstellungen der Aufnahmegesellschaft“ (S. 27); auf der anderen Seite räumen sie ein, dass die erwünschten „gemeinsamen kulturellen Kontexte“ nur dann entstehen, „wenn sie in die jeweiligen Alltagskulturen der Einheimischen und [!] der Ankommenden hinein anschlussfähig sind.“ (S. 171) Die Frage darf gestellt werden, ob es nur die Migranten sind, die „integriert werden“ müssen, oder ob Integration nicht auch heisst, dass sich auch die biodeutsche Urbevölkerung samt der Nachfolgegeneration früherer Einwanderer im Kulturkontakt zwangsläufig verändert. Sind Deutsche ohne Migrationsgeschichte, einfach weil sie seit je als deutsche Staatsbürger in Deutschland leben, gut integriert?

Wodurch wird Integration bewirkt? Die Antwort von Vogt et al. heißt: durch Kunst und Kultur. Eine auf Vernunft, Kognition, Rationalität reduzierte interkulturelle Kommunikation wird ihrer Meinung nach auf Barrieren stoßen, die für die Kultur, sanft wie sie ist, gar keine sind. Die Erkenntnis, dass es die Besonderheit der Spezies Mensch sei, dass ihr Gehirn es ihr ermöglicht, „reinen Unsinn zu glauben“ (Zitat Konrad Lorenz, zitiert S.165), ist ein bedenkenswerter Hinweis für jede Strategie, die **aufklärend** versucht, **Feindbilder** zu entschärfen. Statt durch emotional verarmte Aufklärung soll Kulturaneignung durch mitreißende Kunst stattfinden – gerade bei Migranten aus nicht-europäischen Räumen. Dies ist die **Kernbotschaft**,

die das Buch sowohl historisch-philosophisch illustrieren als auch soziologisch-empirisch dokumentieren will und die die Verfasser – hübsch choreografiert! – **in dem leeren Quadranten** einer Vierfeldertafel verorten. Die befindet sich in Kapitel 2 („Zur Theorie der Kulturaneignung“). Hier begründen die Verfasser ihre für idealtypisch erklärten Definitionen der Begriffe Enkulturation, Akkulturation und Inkulturation und verbinden sie mit entsprechenden Schulen, Traditionen und Großtheorien der neueren Forschung. In dem leeren Quadranten soll stattfinden, was auf den 500 Seiten des Buches erklärt ist: Kulturaneignung durch Kunst, die Integration von Migranten durch Kultur.

Ihre „erkenntnisleitende **Oberfrage**“ zielt auf eine „erneuerte Migrations- und Integrationspolitik“, die sich gleichzeitig der Bewältigung des demographischen Wandels, also der Notwendigkeit von Einwanderung, stellt (S. 40). Die **Kernfrage** sei aber nicht, „ob der abendländische Wertekanon den Aufzunehmenden [...] handlungsleitend vermittelt werden kann und die Verwaltung gemeinsam mit den Bürgern die Integrationsherausforderung bewältigt. Sie lautet vielmehr, *in welchen Strukturen und mit welcher zivilgesellschaftlichen Unterstützung* Bund, Länder und Kommunen diese Aufgabe angehen wollen.“ (S. 52, Kursive im Original). Mehrfach heben die Autoren die spontane Willkommenskultur der großen Mehrheit der Bürger 2015 anerkennend hervor.

Zur Beantwortung dieser Frage formulieren Vogt et al. ihre „erste zentrale Arbeitshypothese“, welche besagt, „daß die Integration von Migranten nicht nur von ihrer nominellen Bildung, ihrer Arbeitsfähigkeit und ihren Kosten-Nutzen-Kalkülen abhängen wird, sondern auch ganz wesentlich davon, daß ihre **Einstellungen und Vorstellungen** von und zur ankommenden Gesellschaft passend sind oder paßfähig gemacht werden können.“ Das wirkt wie eine Forderung nach **Assimilation**, die heute um so unnachgiebiger an die Geflüchteten herangetragen wird, je weiter man im politischen Spektrum nach rechts schaut. Das hört sich an anderen Stellen des Buches ebenso an, obwohl die Verfasser auch andere Töne anklingen lassen. Da begreifen sie kulturelle Vielfalt als Bereicherung, während sie sonst auf das Politikziel, „gemeinsame Sinn- und Deutungskontexte zu schaffen“, pochen. Gerade in der zitierten **Kernfrage** haben sie nachgeschoben, dass

	Form der Kulturaneignung	
	präkognitiv, sinnlich, emotional, proaktiv	kognitiv, reflexiv, relativ, rational, reaktiv
Kinder einschl. Adoleszente	Enkulturation	Primär-Akkulturation
Erwachsene		Inkulturation bzw. Sekundär-Akkulturation

Tab. 1: Zur Metatheorie der Kulturaneignung nach Vogt et al., S. 121–131: Kulturaneignung im leeren Quadranten (vereinfachte Darstellung)

„der abendländische Wertekanon“ auch „nicht unwesentlichen Teilen der Aufnahmegesellschaft“, also Deutschen, beigebracht werden müsse – was immer die Autoren in diesen Wertekanon einbegreifen. Sarkastisch vermerken sie das Versagen der deutschen Bürokratie angesichts der prognostizierten Massenzuwanderungen 2015 und das unverständliche Deutsch juristischer Texte, unter dem wir allezeit leiden.

Auf den leeren Quadranten verweisen Vogt et al. mit ihrer zweiten zentralen Arbeitshypothese, die sie als innovativ für den integrationspolitischen Diskurs bezeichnen: „Ausgehend von der Beobachtung, daß (Klein)Kinder ihre Heimatkultur im Wesentlichen präkognitiv, proaktiv, sensomotorisch, emotional erlernen, sich also enkulturieren, vermuten wir – im Gegensatz zum herrschenden Diskurs [...] – daß Kulturaneignung auch für Migranten in analoger Weise funktionieren kann. Darum werden wir auch von *Migranten-Enkulturation* handeln, nicht nur von Akkulturation.“ Als dritte Arbeitshypothese folgt daraus die „Überlegung, daß es ganz wesentlich Kunst ist, die Kulturaneignung im Modus der Enkulturation [...] auch von Migranten leisten kann.“ (S. 53) Diese Formulierung, die wieder sehr danach klingt, dass Migranten erst mal ordentlich deutsche Kultur lernen sollen, wird später (S. 154) in die Form abgeschwächt, dass Kunst und Kultur wichtig seien für „die Vorstellungswelten der Aufnahmegesellschaft und [!] der Aufzunehmenden“.

Das Buch ist bemüht, neben die abstrakten Termini alltagsverständliche Beispiele zu setzen, und ist streckenweise in jenem reizvoll leichtfüßigen Ton, der den besorgten Zeigefinger mit scherzender Ironie verbindet, geschrieben; aber leider nicht immer. Stellenweise sind die Sätze kompliziert verschachtelt und stilunsicher. Zahlreiche Tippfehler hätten durch ein abschließendes Lektorat leicht beseitigt werden können. Die technische Qualität vieler Abbildungen und Graphiken macht eine gute Brille unentbehrlich. Aber in dem Ziel, „die Mechanismen zu verstehen und gezielt zu beeinflussen, die zu **Xenophobie** führen“, bringt dieses Buch einen Haufen Information und Stoff zum Nachdenken. Es stellt klare Fragen, macht theoretische Vorentscheidungen explizit und gibt – wenn auch ambivalente – Antworten. Vor allem ist es von einem zupackenden Optimismus durchdrungen. In der gegenwärtigen, von Angst geprägten und Angst ausbeutenden Politik ist die Aufforderung „Empor die Herzen!“ aus der Akklamation, die normalerweise Gottesdienste, hier aber das Kapitel über die „Herausforderungen an das Kulturaneignungssystem“ einleitet, von nicht geringem Wert.

AT

Armin Triebel, *Kultur: nicht im Container*. In: Roswith Gerloff. *Auf Grenzen. Ein Leben im Dazwischen von Kulturen / On the Border. An In-Between Existence*, Berlin: Weißensee 2016, S. 11–24, hier S. 22.

F2/18-1-2 **Gespaltene Gesellschaften**

Vom 25. bis 28. September findet in Münster der 52. Deutsche Historikertag statt. Hauptveranstalter sind wie immer der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. (VHD) und der Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD). Das Thema heißt heuer: „Gespaltene Gesellschaften“.

Sehr viele der angebotenen Sektionen (Kolloquien) sind für den SSIP thematisch einschlägig. Die folgende Liste enthält die substantiell oder für die Theorie am meisten versprechenden:

- Das Meer in der Antike: Spaltung und Polarisierung (Sektionsleitung Charlotte Schubert, Leipzig)

- Der Traum von der christlichen Einheit. Kreuzzugsideologie und -pläne als Medium zur Überwindung der Spaltungen des früh-neuzeitlichen Europas (Sektionsleitung Magnus Ressel / Kerstin Weiland)
- Close Distance. Soziale Segregation in Handelsimperien und Kolonien. (Sektionsleitung: Cornel Zwierlein / Florian Wagner)
- Gespaltener Einheitswille? Das Janusgesicht der Integrationsideologien in Deutschland und Italien im 19. Jahrhundert (Sektionsleitung: Amerigo Caruso / Jens Späth)
- Gewaltdynamik und gespaltene Gesellschaften: Holocaust, Besatzungsherrschaft und die Neukonfiguration sozialer Beziehungen 1939-1945 (Sektionsleitung: Caroline Mezger / Gaëlle Fisher)
- Globalgeschichte: Eine Standortbestimmung (Sektionsleitung Roland Wenzlhuemer)

F

F

- Politiken des Weißseins: Gespaltene Gesellschaften in Europa und Nordamerika (Sektionsleitung: Claudia Kraft / Jürgen Martschukat)
- Die vertikale Spaltung. Staatliches Handeln und Klassendifferenzierungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Sektionsleitung: Nicole Kramer / Marc Buggeln)
- Spaltend oder verbindend? Das Christentum in Ost und West zwischen Spätantike und Frühmittelalter (Sektionsleitung: Carola Föller / Fabian Schulz)
- Gefahr für die Demokratie? Die neue Rechte in Deutschland (Sektionsleitung: Frank Bösch)
- ‚Gespaltene Gesellschaft‘ – ein Modus der Selbstbeobachtung in der Moderne (Sektionsleitung: Thomas Mergel)
- Das große ‚Spaltungsprojekt‘? Volksbefragungen, Referenden und die gesellschaftliche AkzeptanzdeseuropäischenEinigungsprozesses (Sektionsleitung: Dominik Geppert)
- Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft? Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Transformations- und Umbruchzeit nach 1990 (Sektionsleitung: Constantin Goschler)
- Die Geschichte nah-östlicher Gesellschaften zwischen politischen Einheitsansprüchen und gesellschaftlichen Spaltungen: Syrien und der Libanon (Sektionsleitung Birgit Schäbler)
- Ausschlüsse. Konzepte und kulturelle Praxen der Exklusion in Vormoderne und Moderne (Sektionsleitung: Claudia Garnier / Franz-Josef Arlinghaus)
- Geschichte translokal: Spaltungen in der Raumzeit überdenken (Sektionsleitung Sebastian Dorsch / Angelika Epple / Achim von Oppen)
- Das eigene Fremde. Exklusionsparadox und römische Identität im 1./2. Jh. n. Chr. (Sektionsleitung: Thomas Blank / Felix K. Maier)
- “...suddenly I was on the Other Side.” European Jewish intellectuals and the African American struggle for equality (Sektionsleitung Marlen Eckl / Lonneke Geerlings)
- The Politics of Citizenship: Enemy Aliens, Citizenship Classification, and the Division of Societies in Twentieth-Century Germany, the Netherlands and Europe (Sektionsleitung Sebastian Gehrig / Kim Wünschmann)
- Gespalten oder zugehörig? Umgang mit Geflüchteten und Migrant/innen auf kommunaler Ebene vom 12. bis zum 21. Jahrhundert (Sektionsleitung Andreas Rüter)
- Integrative Spaltungen? Zur Ambivalenz des „Nationalen“ in Unternehmen (Sektionsleitung: Boris Gehlen)
- Momente des Separatismus. Eine Emotionsgeschichte aktueller europäischer Unabhängigkeitsbewegungen: Katalonien, Schottland, Südtirol und Kosovo (Sektionsleitung: Birgit Aschmann)
- Invektive Spaltungen? Exkludierende und inkludierende Dynamiken von Schmähungen von der Antike bis zur Zeitgeschichte (Sektionsleitung Dagmar Ellerbrock / Martin Jehne / Gerd Schwerhoff)
- „Man kennt sich“ – Verflechtungen und Verwerfungen zwischen Niederländern und Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert (Sektionsleitung: Thomas Köhler / Malte Thießen)
- Rassismus seit der „Stunde Null“. Einwanderung und Differenz in Deutschland 1945-2018 (Sektionsleitung Norbert Frei / Maria Alexopoulou)
- Herstellen moderner Identität und historischer Wurzeln in Ungarn und Polen (Sektionsleitung: Deutsches Historisches Institut Warschau)
- Urban distinctions. Praxeologische Perspektiven auf Segregation und Nachbarschaftlichkeit im Westeuropa des 20. Jahrhunderts [Formen der sozialräumlichen Segregation und der Nachbarschaftlichkeit in den urbanisierten westeuropäischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts] (Sektionsleitung: Anne Kurr / Christiane Reinecke / David Templin)
- Staatliche Homogenität bei kultureller Diversität? Historische Konfigurationen einer modernen Wahrnehmung (Sektionsleitung: Antje Flüchter)
- Negotiating Diversity in the Early Modern and Modern World (Sektionsleitung: Margret Frenz / Cátia Antunes)
- Warum Europa, welches Europa? Herausforderungen einer europäischen (Zeit-) geschichtsschreibung zwischen Globalisierung und Rückkehr der Nationalismen (Sektionsleitung: Sonja Levsen / Jörg Requate)
- Wenn „cultural brokers“ scheitern – Fehlgeschlagene Kommunikation lokaler Eliten im antiken Nahen Osten (Sektionsleitung: Julia Hoffmann-Salz)
- Sprach- und ethnische Konflikte in Klöstern nördlich und südlich der Alpen im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit (Sektionsleitung Andreas Rehberg)
- Minderheitengeschichte als historische Subdisziplin? Minderheits- und Mehrheitskonstellationen am Beispiel der Sinti und Roma in der BRD (Sektionsleitung Sebastian Lotto-Kusche).

Die Teilnahmegebühr beträgt zwischen 20€ (Studierende) und 150€ (Vollpreis). Die Veranstaltungen sind auf Orte in der gesamten Innenstadt verteilt. Kontakt c/o Organisationsbüro / Geschäftsführung: Domplatz 20-22, 48143 Münster, Tel. 0251 / 83 23254, e-Mail: info@historikertag.de.

Quelle / weitere Informationen:

<https://www.historikertag.de/Muenster2018/>

K1/18-1-2 **Ausschreibung:
Wissenschaftlicher
Förderpreis des
Botschafters der
Republik Polen**

Zum 10. Mal schreiben die Botschaft der Republik Polen und das *Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften* gemeinsam einen Wettbewerb für wissenschaftliche (Abschluss-)Arbeiten, die an deutschen Universitäten verfasst wurden, aus.

Mit diesem Preis werden herausragende **Dissertationen und Masterarbeiten** aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften zur polnischen Geschichte und Kultur sowie den deutsch-polnischen Beziehungen ausgezeichnet. Der Preis dient der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und soll Studierende und Promovierende an deutschen Hochschulen zur Beschäftigung mit Polen und deutsch-polnischen Themen anregen. Für die besten Beiträge werden je ein Preis in Höhe von 2.000 Euro (Dissertationen) und ein Preis in Höhe von 1.000 Euro (Abschlussarbeiten) sowie weitere Auszeichnungen verliehen. Über die Preisvergabe entscheidet eine Fachjury. Die feierliche Verleihung der Preise erfolgt im Dezember 2018.

Eingereicht werden können überdurchschnittlich gute Arbeiten, die in der Zeit vom 16. September 2017 bis zum 10. September 2018 benotet worden sind. Zum Einreichen berechtigt sind sowohl Verfasserinnen und Verfasser als auch die Gutachterinnen und Gutachter.

Alle erforderlichen Unterlagen sollen in digitaler Form an folgende **E-Mail-Adresse** gesendet werden: olga.paczynska@cbh.pan.pl (Stichwort „Wissenschaftlicher Förderpreis 2018“). Der

Bewerbungsschluss für den Wissenschaftlichen Förderpreis 2018 ist der **10. September 2018** (Poststempel).

Weitere Informationen: <http://www.cbh.pan.pl/de/wissenschaftlicher-f%C3%B6rderpreis-des-botschafters-der-republik-polen-2018>

Quelle / Text: PAN Centrum Badań Historycznych w Berlinie (*Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Majakowskiring 47, 13156 Berlin*).

K. Konvi-
venz,
Koope-
rationen

K

K

K2/18-1-2 **Keine Finsternis
ohne Licht**

Am 16. Juni verstarb Prof. Dr. Bernd Thum (1940–2018) nach kurzer, schwerer Krankheit. Es ist unfassbar, dass seine Stimme für immer verstummt sein soll, die klug und besonnen beratende, die in angespannter Lage humorvolle, schlichtende, die feingeistig unterhaltende. Unfassbar, dass der ruhelos Schaffende nun zu ewiger Ruhe gefunden hat. Wo vor Kurzem noch ein sprühender Geist gewaltet hat, herrscht nun Finsternis. An seinem Wohnort Heidelberg haben sich Familie, Freunde und Wegbegleiter zu einem letzten Geleit für Bernd Thum zusammengefunden.

Obwohl kein Mitglied, war Bernd Thum dem SSIP und dessen Anliegen lange Jahre eng verbunden. So hat er in den 1980er Jahren als Gründungs- und Vorstandsmitglied der *Gesellschaft für interkulturelle Germanistik* (GIG) maßgeblich an der Konturierung von Leitbegriffen dieses jungen akademischen Faches mitgewirkt und hat wichtige Impulse zur Begründung einer kulturwissenschaftlichen Fremdheits- und Interkulturalitätsforschung beigesteuert. Der emeritierte germanistische Mediävist und Kulturwissenschaftler war zeitlebens ein Brückenbauer. Er setzte sich auch in Zeiten größten Misstrauens gegenüber ‚der‘ islamischen Welt beharrlich für den wissenschaftlichen und kulturellen Dialog mit dem Mittelmeerraum ein, pflegte enge Partner- und Freundschaften zu Kolleginnen und Kollegen an Universitäten des frankophonen Raums, v.a. des Maghreb. Mit Unterstützung des *Instituts für Auslandsbeziehungen* (ifa), Stuttgart, einer Mittlerorgani-

sation der bundesdeutschen Auswärtigen Kulturpolitik, gründete Thum 2010 die *Stiftung Wissensraum Europa–Mittelmeer* (WEM), die sich für den Wissenschaftsdialog zwischen Nord und Süd sowie für die Entwicklung eines euro-mediterranen Wissensraumes einsetzt. Es wurde u.a. der Grundstein für eine virtuelle Landkarte euro-mediterraner Erinnerungsorte (*EuroMed – MemoriaCarte*) gelegt. Anliegen dieses Vorhabens ist es, den erweiterten Mittelmeerraum als „funktionalen Raum“ (ein „verdichteter Kommunikationsraum“) und als Teil des kollektiven Gedächtnisses sichtbar zu machen und ihm damit in Wissenschaft und Gesellschaft gebührend Aufmerksamkeit zu verschaffen. Bernd Thums jüngstes Projekt war die Tagung „Geteiltes Erbe. Trans- und interkulturelles Kulturerbe im euro-afro-mediterranen Raum“ im Januar 2018 am ifa, der er allerdings aufgrund seiner Erkrankung nicht mehr vorsitzen konnte.

Auf Wunsch des Verstorbenen standen die Trauerfeierlichkeiten unter einem Motiv des Humanisten und Kirchenreformers Nikolaus von Kues (Cusanus): „Keine Finsternis ohne Licht – Kein Licht ohne Finsternis“. Auch fünfhundert Jahren nach ihrer Entstehung haben diese Worte nichts von ihrer tröstlichen Kraft eingebüßt. Denn Bernd Thum hat durch sein unermüdliches Schaffen und Wirken ein Licht hinterlassen, das den Tod überwindet; seine Lebensaufgaben sind sein Erbe. Und dieser Nachlass verpflichtet, nicht nachzulassen im Bestreben, kulturelle Brücken zu bauen, den Dialog zu suchen und Verständigung anzustreben, wo Unverständnis und Ignoranz walten. Wenn das von Bernd Thum Aufgebaute von anderen weitergetragen wird und Früchte trägt, dann wohnt dem ein Trost inne, der über den Verlust des humanistisch gebildeten Wissenschaftlers, des Mentoren, des Freundes Bernd Thum hinwegzuhelfen vermag.

GUB

Weitere Hinweise auf das Schaffen Bernd Thums finden sich auf der Website des *Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik* (WIKa) am ifa unter <https://www.ifa.de/forschung/wika.html>

... sowie im Webportal des Projekts *Euro-Med – MemoriaCarte, Erinnerungsorte für die Gegenwart* unter <http://euromed-memoriacarte.de>

Bernd Thum (Hrsg.) (1985), *Gegenwart als kulturelles Erbe*. München: Iudicium.

Bernd Thum / Thomas Keller (Hrsg.) (1998), *Interkulturelle Lebensläufe*. Tübingen: Stauffenburg.

Kurt-Jürgen Maaß/ Bernd Thum (Hrsg.) (2009), *Deutsche Hochschulen im Dialog mit der Arabischen Welt*. Karlsruhe: Universitätsverlag Karlsruhe.

Bernd Thum / Gerd Ulrich Bauer (Hrsg.), *WIKa-Report, Bd. 2: Kulturelle Faktoren von Geopolitik*. Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen, online unter <https://www.ifa.de/forschung/wika.html>

K3/18-1-2 **Das Haus für die Vereinten Nationen – ein Kommentar zum Berliner Filz**

Die SSIP-Mitglieder wissen über das Projekt eines Hauses für die Vereinten Nationen (HVN) in Berlin schon Bescheid (vgl. die Meldungen W1/17-1, W4/16-4, SSIP2/15-3). Der Verein HVN e.V. hat dem Senat von Berlin ein Nutzungskonzept für ein berühmtes altes Palais an der Straße Unter den Linden hinter der „Neuen Wache“ vorgelegt. Dieses „Palais am Festungsgraben“ befindet sich seit der Wiedervereinigung in einem Prozess des Verfalls. Es steht zum Teil leer, wird zum Teil von einem Theater genutzt, als Lagerhaus für Theaterrequisiten missbraucht; einige Räume sind an diverse Privatunternehmen vermietet, und bis Ende vergangenen Jahres logierten dort viele Organisationen, die dem weiten Feld der Völkerverständigung und Friedenssicherung zuzuordnen sind. Deren Mietverträge wurden von einer städtischen Behörde zum Ende 2017 handstreichartig gekündigt.

In einem förmlichen Bewerbungsverfahren hat der Verein HVN „Haus für die Vereinten Nationen“ ein Konzept eingereicht, wonach das Haus ein Informationszentrum für die Anliegen der Vereinten Nationen sein und kleinere Organisationen, die sich – wie der SSIP – für interkulturelle Verständigung und die Belange der Vereinten Nationen einsetzen, beherbergen soll. Lange schien der gemeinnützige Verein HVN e.V. der einzige Bewerber. Aber natürlich sollte über die Bewerber wie üblich eiserne Geheimhaltung gewahrt werden.

Im März wurde man indes durch Berichte des Berliner *Tagesspiegel* überrascht, der die Berliner Öffentlichkeit bereits vor der offiziellen Auswahlprozedur auf künftige Favoriten vorbereiten zu wollen schien: Am 29.3. berichtete er, im rot-rot-grünen Senat seien offenbar verschiedene Ansichten heftig aufeinandergeprallt. „Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) favorisiert ein Konzept der landeseigenen Immobilienfirma BERLINOVO, die aus dem Palais ‚ein offenes Haus für Kunst, Kultur, Wissenschaft und Veranstaltungen‘ machen wolle. Der Kultursenator Klaus Lederer (Linke) setze sich hingegen für ein Konzept ein, ‚das sich mit Flucht und Schutz beschäftigt‘. Dieses Projekt heißt ausgerechnet: „Das Deutsche

Haus“. Von einem Haus zur Information über die Vereinten Nationen und für Völkerverständigung und interkulturellen Dialog – kein Wort mehr.

Die BERLINOVO ist eine fast 100%ige Tochter des Senats von Berlin, eine große Immobiliengesellschaft, 2006 gegründet. Es heißt, sie sei Nachfolgeorganisation einer dubiosen Hinterlassenschaft aus dem Bankenskandal der 1990er Jahre, der dem Land Berlin nach 2001 Milliarden kostete und u.a. den Rücktritt des damaligen Regierenden Bürgermeisters Diepgen mit sich brachte (siehe dazu von Mathew D. Rose: Eine ehrenwerte Gesellschaft. Die Bankgesellschaft Berlin, Berlin: Transit 2003). An ihrer Spitze stehen Finanzsenator Kollatz-Ahnen als Aufsichtsratsvorsitzender und die Staatssekretäre der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Kultur. Auch das zweite Projekt, das von Kultursenator Lederer, ist ein Projekt des Senats von Berlin. Da sitzen also die gleichen Senatoren, die als Träger der Projekte fungieren, sowohl im Auswahl- als auch im Entscheidungsgremium? *Honni soit qui mal y pense*. Das „Deutsche Haus“ soll laut *Tagesspiegel* ein „vibrierendes Haus der Kreativität, der Chancen und Vielfalt“ werden. Hier sollen, wie es der *Tagesspiegel* zitiert bzw. umschreibt, „Kunst- und Kulturschaffende, Wissenschaftler, Journalisten, Aktivisten, Menschenrechtler, Start-ups, Nicht-Regierungs-Organisationen“ und „andere Weltverbesserer“ unter einem Dach zusammenkommen, sich vernetzen und als „permanente Hausgemeinschaft“ vielerlei schaffen.

Diese Nutzungsentwürfe wirken so, als habe jemand aus dem Konzept des Vereins „Haus für die Vereinten Nationen“ ein paar Losungen abgefischt. Aus dem Zusammenhang eines schlüssigen politischen Konzeptes herausgelöst, ergeben sie jedoch nur noch einen Gemischtwarenladen, der nach bewegter Demokratie klingt. Hier kommt es wohl lediglich darauf an, dass sich die Verwaltung kein Konzept von der Bürgerschaft vorsetzen lässt. Schließlich ist doch sie es, die immer noch am besten weiß, was für das Volk gut ist. Es könnte sich hier also das Desaster mit der Berliner Volksbühne wiederholen. Da hatte der Senat auch versucht, Kulturpolitik nach Gutsherren-Art zu machen. Das Ergebnis war ein gescheiterter Intendant und hohe zusätzliche Kosten für das Land und für die Bürger.

AT

M. Migration

M1/18-1-2 **Für ein Einwanderungs- und Integrationsgesetz**

Am 24. April hat der *Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* (SVR) in Berlin sein neuntes Jahresgutachten mit dem Titel „Steuern, was zu steuern ist: Was können Einwanderungs- und Integrationsgesetze leisten?“ vorgestellt. Das Gutachten lotet aus, welche gesetzgeberischen Möglichkeiten bestehen, um Migration zu steuern und die gesellschaftliche Teilhabe aller zu fördern. Es fasst die bestehende Gesetzeslage auf nationaler und EU-Ebene zusammen und weist auf politische Handlungsfelder sowie die Grenzen der Gestaltung hin.

Eine wichtige Botschaft des SVR ist die Forderung nach einem Einwanderungsgesetzbuch. „Dieses könnte die bestehenden Regelungen zur Zuwanderung zusammenfassen, vereinfachen und systematisieren. Dies würde es der Bevölkerung hierzulande ebenso wie Interessierten im Ausland erleichtern, das bislang auf verschiedene Gesetze verteilte Zuwanderungsrecht besser zu verstehen. Ein solches Gesetz signalisiert zudem, dass Deutschland sich als Einwanderungsland begreift. Dabei sollte das bestehende Recht an einer entscheidenden Stelle verändert werden: Die Zuwanderungsmöglichkeiten für beruflich qualifizierte Fachkräfte sollten mit Blick auf den steigenden Fachkräftebedarf ausgebaut werden.“

Dabei muss die europäische Regelungskompetenz beachtet werden. Prof. Dr. THOMAS BAUER, der Vorsitzende des SVR, betont: „Vor allem für den Bereich Flucht und Asyl sowie in ausgewählten Bereichen der Erwerbsmigration ist Brüssel als Ort der Normsetzung mittlerweile wichtiger als Berlin“. Die Erwerbsmigration nach Deutschland findet derzeit hauptsächlich über die EU-Freizügigkeit statt. Dazu schreibt der SVR: „EU-Staatsangehörige können sich innerhalb der Union frei bewegen und eine Arbeit aufnehmen. Diese Arbeitskräftezuwanderung wird allerdings in Zukunft unter anderem aufgrund der gut dokumentierten demografischen Entwicklung im EU-Raum voraussichtlich an Bedeutung verlieren. Entsprechend wichtig ist es für Deutschland, sich aktiv für die verstärkte Gewinnung von Drittstaatsangehörigen aufzustellen. Im Bereich der akademisch ausgebildeten Fachkräfte ist dies bereits erfolgt: Für Studieninteressierte und Hochschulabsolventinnen und -absolventen bietet

das deutsche Recht viele Perspektiven. Die hiesigen Zuwanderungsregelungen für hochqualifizierte Fachkräfte gehören mittlerweile zu den liberalsten weltweit. Weitreichende Reformen für diese Gruppe hält der SVR entsprechend für unnötig. Nachholbedarf gibt es hingegen bei den beruflich qualifizierten Fachkräften.“

Das SVR-Jahresgutachten betont mit Blick auf die Erwerbsmigration, dass zwischen schrumpfenden ländlichen Regionen und wachsenden Großstädten große strukturelle Unterschiede bestehen. „Angesichts regionaler Besonderheiten sind spezielle Zuwanderungsprogramme denkbar“, so Prof. Bauer. „Beispielsweise können schon jetzt Mangelberufe regional ausgewiesen werden; für entsprechende Fachleute ist die Zuwanderung in diese Regionen dann leichter. Außerdem sollte ein regionales oder kommunales Bleibemanagement dafür sorgen, dass die Angeworbenen auch langfristig vor Ort bleiben möchten und eine neue Heimat finden.“

Auf der website des SVR (<https://www.svr-migration.de/jahresgutachten/>) können das Jahresgutachten und die „7 Kernbotschaften des Jahresgutachtens“ heruntergeladen werden. Dort gibt es auch weitere Informationen wie z.B. eine Expertise von Prof. Blätte zu Regelungen der Bundesländer in Bezug auf Integration und eine Expertise der Professoren Bogumil und Hafner zu integrationspolitischen Akteuren und Institutionen in den Bundesländern.

Der SVR hebt folgende Ergebnisse aus seinem Jahresgutachten besonders hervor:

- Einwanderungs- und Integrationsgesetze haben
 - auch jenseits ihrer konkreten Steuerungswirkung – Signalfunktion nach innen wie nach außen. So können Integrationsgesetze (auf Bundes- oder Länderebene) helfen, sich darüber zu verständigen, wie das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft wie der deutschen aussehen soll. Ein Einwanderungsgesetzbuch könnte die bestehenden Regelungen zur Zuwanderung zusammenfassen, vereinfachen und systematisieren und es dadurch der Bevölkerung hierzulande ebenso wie Interessierten im Ausland erleichtern, die Zuwanderungsmöglichkeiten, die das deutsche Recht bietet, zu verstehen.
- Der SVR empfiehlt, beruflich qualifizierten Fachkräften die Zuwanderung zu erleichtern.

Bevor jemand aus einem Land außerhalb der EU einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit erhält, müssen bislang die im Ausland erworbenen Qualifikationen als gleichwertig zu deutschen Standards anerkannt werden. Im akademischen Bereich ist das vergleichsweise problemlos möglich. Für beruflich qualifizierte Fachkräfte wie Altenpfleger oder Mechatronikerinnen ist es dagegen schwieriger. Der SVR schlägt ein Pilotprojekt mit dem Namen ‚Nimm2+‘ vor: Fachkräfte, die im Ausland eine Ausbildung abgeschlossen haben und einen Arbeitsvertrag vorlegen können, sollen auch ohne Gleichwertigkeitsnachweis nach Deutschland kommen und hier arbeiten können, wenn sie stattdessen mindestens eine andere Voraussetzung erfüllen – beispielsweise über fortgeschrittene Deutschkenntnisse verfügen oder einen Mangelberuf ausüben.

- Für Flüchtlinge, sonstige Neuzuwandernde wie für Alteingesessene gilt im Hinblick auf Integration: Die gesellschaftliche Teilhabe jedes einzelnen Menschen ist individuell verschieden und in verschiedenen Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens unterschiedlich stark ausgeprägt. Eine adäquate Ausgestaltung der allgemeinen Regelsysteme im Sinne eines sog. Mainstreamings in den entsprechenden Fachpolitiken (also der Bildungs-, der Familien- oder der Arbeitsmarktpolitik) ist wirkungsvoller und auch systematisch überzeugender als Spezialgesetze, die sich nur auf Personen mit Migrationshintergrund beziehen. „Um beispielsweise Integration in und durch Bildung zu ermöglichen, bedarf es keiner Integrationsgesetze, sondern eines durchlässigen Bildungssystems, das Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Ausgangslagen die gleichen Zugangschancen gewährt. Eine solche Politik kommt der gesamten Gesellschaft zugute“, betont Prof. Bauer. „Nur dort, wo es unerlässlich ist, sind Sonderprogramme sinnvoll – beispielsweise Integrationskurse, die neu Zugewanderten helfen, das Leben in Deutschland zu verstehen und die Sprache zu erlernen.“
- Um zu erfassen, wie sich Integrationsprozesse entwickeln, sollte der Bund ein Integrationsmonitoring gesetzlich verankern. Die entsprechende Absicht der Bundesregierung ist daher zu begrüßen. Dieses sollte sich nicht auf den strukturellen Bereich von Integration – Arbeitsmarkt, Bildung – beschränken, sondern darüber hinaus soziale und kulturelle

Integration erfassen. Das Beobachtungssystem in Deutschland muss insgesamt verbessert werden: Es sollte einheitliche Indikatoren verwenden und dieselben Zielgruppen betrachten. Auch sollte die Fluchtzuwanderung der letzten Jahre gesondert erfasst werden.

- Integrationsgesetze können Ziele und Richtung vorgeben, die Strukturen auf Landes- und kommunaler Ebene für eine erfolgreiche Integrationspolitik schaffen, und deutlich machen, dass Integration als Querschnittsaufgabe von der Politik erkannt und angegangen wird. Dasselbe gilt für Integrationskonzepte, die vor allem auf Länder- und kommunaler Ebene genutzt werden. Ausschlaggebend für den Erfolg sind eine konsequente Umsetzung und ein gutes Integrationsmonitoring.

Deutschland ist schon aus demografischen Gründen auf Zuwanderung angewiesen. Integrationsgesetze können helfen, sich darüber zu verständigen, wie das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft wie der deutschen aussehen soll. Mit diesen Worten fasst Prof. Dr. Thomas K. Bauer den Ansatz des Jahresgutachtens 2018 zusammen. Der SSIP, der sich schon aus seiner Tradition heraus mannigfach gegen allen xenophoben Populismus ausgesprochen hat, begrüßt dieses Gutachten.

Quelle: SVR (Prof. Dr. Thomas K. Bauer 24.4.18—13:08)

M



Die Sachverständigen 2018 (v. l. n. r.): Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger, Prof. Dr. Hans Vorländer, Prof. Dr. Viola B. Georgi, Prof. Dr. Christian Joppke, Prof. Dr. Thomas Bauer (Vorsitzender), Prof. Dr. Daniel Thym, Prof. Dr. Petra Bendel, Prof. Dr. Claudia Diehl, Prof. Dr. Hacı Halil Uslucan (Stellvertretender Vorsitzender). © Fotonachweis: Foto: SVR/Michael Setzpfandt

R. Religion

R1/18-1-2 **Deutschland produziert zu viel Waffen**

Die *Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung* (GKKE) ist ein ökumenischer, evangelisch-katholischer Arbeitsverbund zur Entwicklungspolitik, 1973 gegründet. Als gemeinsame Stimme der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland will die GKKE dem Gedanken der einen Welt politisches Gewicht verleihen (www.gkke.org, www.justitia-et-pax.de/jp/gkke/). Träger sind *Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst* und die *Deutsche Kommission Justitia et Pax*. Zu den Hauptaktivitäten der GKKE gehört Jahr für Jahr die Erstellung des Rüstungsexportberichts. Bei der Vorstellung des 21. Berichtes in der Bundespressekonferenz am 18.12.2017 erhob Prälat Dr. MARTIN DUTZMANN, der evangelische Vorsitzende der GKKE, den Vorwurf: „**Waffenexporte aus Deutschland** tragen zu der humanitären Katastrophe im **Jemen** bei. Ursachen von Flucht und Vertreibung werden hier von der Bundesregierung nicht bekämpft sondern mittelbar verschärft.“ Der katholische Vorsitzende der GKKE, Prälat Dr. Karl Jüsten, sekundierte: „Die GKKE fordert die Bundesregierung deshalb erneut auf, sämtliche Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien zu stoppen“.

Ausgangspunkt der Diskussion war die Verabredung im Koalitionsvertrag im Kapitel: „Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik“. Dort hat sich die Koalition folgende Ziele gesetzt: „Wir schränken die Rüstungsexporte für Drittländer weiter ein, die weder NATO noch EU-Mitgliedsländer sind, noch diesen gleichgestellt. Ergänzend zu den Kleinwaffengrundsätzen vom Mai 2015 sollen Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr in Drittländer exportiert werden. Wir schärfen noch im Jahr 2018 die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten. Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ (GKKE)

Um den **Rüstungsexportbericht** für 2017 vorzustellen, lädt die GKKE regelmäßig auch in die *Dienststelle des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland* in Berlin ein, am 16. April 2018 zu einer Podiumsdiskussion. Diesmal drückte die GKKE mit einem Fragezeichen ihren Zweifel an der amtierenden Bundesregierung aus: „Auf dem Weg zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik?“ und setzte in hübscher Zweideutigkeit die Frage hinzu: „Wird die neue Bundesregierung liefern?“

Es diskutierten im April miteinander: Dr. Karl-Heinz Brunner MdB (SPD, Verteidigungsausschuss), Katja Keul MdB (Bündnis 90 / Die Grünen, Verteidigungsausschuss), Klaus-Peter Willsch (CDU, Ausschuss für Wirtschaft und Energie), MdB seit 20 Jahren, und Dr. Max Mutschler (GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte und *Internationales Konversionszentrum* Bonn).

Klaus-Peter Willsch schlug sich offensiv gegenüber der Runde von Rüstungsexportgegnern und einem Publikum, das mehrheitlich ebenso kritisch sein mochte. Er provozierte genüßlich zunächst mit der Feststellung, **die Bundesrepublik** übe doch schon größte Zurückhaltung beim Rüstungsexport, denn sie stehe weltweit ja nur an 3. oder 4. Stelle, und legte seinen Finger sofort auf das entscheidende Problem, um das im weiteren Fortgang fast alle Diskutanten herumeierten, nämlich die Frage des gerechten Krieges. Seiner Ansicht nach sind für die Belange der guten Menschen noch zu wenig Waffen verfügbar. Denn sei es nicht ein Fehler gewesen, zu Beginn der Jugoslawien-Kriege **nicht genug Waffen** an Serbiens Gegner geliefert zu haben? Wieviele Opfer hätten bei den Kroaten, den Bosniern, den Bosniaken verhindert werden können! Und hätte man zusehen sollen, wie der IS die armen Jesiden abschlachtete?

Das fadenscheinige Argument ‚wenn wir nicht liefern, tun es andere‘ war zu dünn, als ernsthaft aufgenommen zu werden. Die Unmöglichkeit, das Problem von Rüstungsexporten allein aus nationalstaatlicher Sicht zu lösen, wurde indes an zwei Punkten deutlich. Dr. Max Mutschler unterstützte wie zwei weitere Mitglieder des Podiums die Forderung, das Problem auf europäischer Ebene anzugehen. Katja Keul brachte einen EU-Prozess im Rahmen von **PESCO** („*Ständige Strukturierte Zusammenarbeit*“) ins Gespräch. Gegenüber dem zweiten Problem, das darin besteht, dass deutsche Rüstungsfirmen außerhalb der Geltung deutschen Rechts, in der Türkei, auf Sardinien, in Südafrika, **Tochterfirmen** gründen, herrschte Ratlosigkeit. Karl-Heinz Brunner gab zu: „Wir haben dieses Problem nicht richtig eingeschätzt.“ Katja Keul schlug vor, diese Regelungslücke durch einen einfachen Zusatz (keine „technische Unterstützung“ exportieren) in den geltenden Verbotsverordnungen zu entschärfen.

Eine große Gefahr besteht darin, dass deutsche Waffen nicht im Zielland verbleiben, sei es durch Weitergabe, sei es durch Erbeutung. Zu letzterem Punkt hatte Klaus-Peter Willsch eine klare Meinung: Wenn Waffen in die Hände eines Gegners fallen, heiße das nichts anderes, als dass man aus dem Konflikt zu früh rausgegangen sei. Gegen die Weitergabe von Waffen gibt es nur das Werkzeug einer wirksamen Endverbrauchskontrolle (Keul). Der „**Vertrauensschutz**“ bedeutet, dass Firmen eine Exporterlaubnis nur erhalten, wenn sie die

Nichtweitergabe der Kriegswaffen garantieren können. Katja Keul erhob an die Adresse der SPD den Vorwurf, dieses dubiose Entgegenkommen sei seinerzeit in den Jamaika-Verhandlungen erst durch sie in die Welt gesetzt worden. Dr. Brunner regte an, einen Fonds zu schaffen, aus dem Fimen entschädigt werden könnten, wenn sie infolge der Vertrauensschutz-Regelung Nachteile erleiden.

Darf Rüstungsexportpolitik Teil von Wirtschaftspolitik sein? Alle waren sich einig, dass Kriegswaffen keine normalen Wirtschaftsgüter sind. Der Kern in einem künftigen Rüstungskontrollgesetz müsste die **Begründungspflicht** sein, wie es Dr. Mutschler deutlich machte: Normal hätte das Verbot aller Rüstungsexporte zu sein; Ausnahmen davon wären zu begründen. Bei den Podiumsteilnehmern und den Zuhörern überwog die Meinung, der Rüstungsexport sollte zuvörderst unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden (Brunner: „Wirtschaftspolitische Begründungen ziehen nicht.“).

Eine der wichtigsten Fragen, die die Moderatorin, GERTRUD CASEL (*Deutsche Kommission Justitia et Pax* / GKKE, Bonn), der Runde aufgegeben hatte, war: Was können die christlichen Kirchen tun? Die kurze Antwort von Dr. Brunner war: „Treiben, treiben, treiben! Mahnen, mahnen, mahnen!“ Gegenüber dem Provokativ-Argument, um Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen, brauche man eher mehr Waffen als weniger, blieben die Kirchenvertreter stumm – kein Wort dazu von den anwesenden katholischen und evangelischen Vorsitzenden der GKKE oder vom Vertreter des *Instituts für Theologie und Frieden*. Immerhin mahnte Katja Keul, sich an das **Völkerrecht** zu halten. Das Argument, bedrängten Opfern müsse geholfen werden, konterte Dr. Mutschler mit einer verstörenden, wenn auch konsequenten Schlussfolgerung: Wenn man das wolle und dem Waffenhandel keine Chance bieten, müsse man „direkt, selber intervenieren“ – m.a.W. nicht den anderen die riskante Arbeit überlassen.

In der ernsthaften und rational geführten Auseinandersetzung war das Podiumsgespräch, das die GKKE geboten hat, ein Gewinn für alle; einzige Verliererin war die christliche Kirche als moralische Instanz.

AT

Kernforderungen GKKE

1. Die GKKE hält an ihrer Forderung nach einem Rüstungsexportkontrollgesetz fest und fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag dazu auf, ein solches Gesetz auszuarbeiten.

2. Generell fordert die GKKE die Bundesregierung dazu auf, sich an ihre selbstgesetzten Grundsätze zu halten und keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie kann tatsächlich besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen nachweisen. Diese sollte sie dann explizit benennen.

3. Die GKKE fordert die Bundesregierung dazu auf, sämtliche Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien zu stoppen. Dazu gehört auch die Zulieferung von Komponenten an Dritte, welche diese in Waffensysteme integrieren und an Saudi-Arabien exportieren.

4. Die GKKE fordert die Bundesregierung dazu auf, Anträge für Rüstungsexporte in die Türkei bis auf weiteres abzulehnen. Bereits erteilte Ausfuhrgenehmigungen sollten widerrufen werden.

5. Die GKKE lehnt in der jetzigen Situation eine weitere Belieferung der Peschmerga mit Waffen aus Deutschland ab. Die Bundesregierung sollte keine weiteren Lieferungen mehr durchführen. Die GKKE fordert den Deutschen Bundestag dazu auf, das Mandat für die Ausbildung der Peschmerga durch die Bundeswehr nicht weiter zu verlängern.

6. Die GKKE schließt sich den Forderungen des Europäischen Parlaments nach der Einrichtung eines Aufsichtsgremiums für die Überwachung von Rüstungsexporten sowie der Etablierung eines Sanktionsmechanismus für Mitgliedstaaten, die sich nicht an den Gemeinsamen Standpunkt halten, an. Sie fordert die Bundesregierung dazu auf, sich in diesem Sinne für eine Stärkung der Rüstungsexportkontrolle auf EU-Ebene einzusetzen.

Auszug aus: Rüstungsexportbericht 2017 der GKKE, Heft 66 der GKKE-Schriftenreihe, S. 8. – Der Rüstungsexportbericht 2017 ist bei der Katholischen Geschäftsstelle der GKKE: Kaiserstr. 161, 53113 Bonn (iustitia-et-pax@dbk.de) als Druck zu beziehen und kann von www.gkke.org heruntergeladen werden.

Ergänzung

Im Internet läuft derzeit eine Unterschriftensammlung der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“: **„Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde.“** Darin sind Organisationen der Friedensbewegung und Gewerkschaften vertreten wieder Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), ver.di, die Naturfreunde Deutschlands, der Bundesausschuss Friedensratschlag u.a.

Unter <https://abruesten.jetzt> gibt es einen *newsletter* im Zeitungsformat und aktuelle Beiträge, Reden, Informationen.

Adressen für weitere Informationen und für Bestellungen:

a) **Netzwerk Friedenskooperative**

Römerstr. 88, 53111 Bonn
Tel.: 0228/ 692904 Fax: 0228/ 692906
friekoop@friedenskooperative.de

b) **Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.**

c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt
Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77
60329 Frankfurt a.M.
Tel. 069/242 49950 Fax: 069/242 49951
frieden-und-zukunft@t-online.de

T. Interkulturelle Tourismuspolitik

T_{1/18-1-2} **Auslandsaufenthalte von Jugendlichen**

Eurodesk Deutschland hat seine Jahresstatistik 2017 veröffentlicht. **Eurodesk** ist ein europäisches Jugendinformationsnetzwerk mit Koordinierungsstellen in 34 europäischen Ländern. Die Beratung durch Eurodesk zu Auslandsaufenthalten ist kostenlos, trägerübergreifend und neutral. **Eurodesk Deutschland** wird durch das EU-Programm Erasmus+ sowie durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und ist ein Projekt von **IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.**

Die Ergebnisse eines aktuellen Eurobarometers (Januar 2018) sowie einer europaweiten Umfrage durch *Eurodesk* zeigen, dass der Mangel an Informationen einen der Hauptgründe darstellt, warum Jugendliche nicht an Mobilitätsprojekten teilnehmen. 38 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass ihr Zugang zu Jugendinformationen über Mobilität eingeschränkt oder nicht vorhanden ist. 49 Prozent der im Rahmen der Eurobarometer-Umfrage befragten jungen Erwachsenen wünschen sich einen leichteren Zugang zu Informationen über Leben und Arbeiten im Ausland.

Eurodesk Deutschland und seine regionalen Servicestellen haben 2017 über 59.000 Jugendliche, Eltern, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Trägerorganisationen beraten und über Mobilitätschancen und Fördermöglichkeiten informiert. Gestiegen ist dabei insbesondere die Nachfrage nach persönlicher Beratung. „Gerade

bei der Fülle der Angebote, die Jugendliche heutzutage im Internet finden, ist es wichtig, diese im persönlichen Gespräch einzuordnen – auch um die Qualität der Information zu gewährleisten“, betont *Eurodesk*-Projektkoordinatorin ANNETTE WESTERMANN. *Eurodesk* setzt auf individuelle Beratung per E-Mail, Telefon und *Face-to-Face*. Alle *Eurodesk*-Veranstaltungen werden von geschulten Fachkräften durchgeführt, die beratend zur Seite stehen, um ein passendes Programm zu finden – sei es Freiwilligendienst, Schulaufenthalt oder Praktikum. Der Link zur **Beratungsstatistik** 2017: www.rausvonzuhaus.de/Mobilitaetsstatistiken.

Der *Eurodesk Last Minute Markt* ist unter www.rausvonzuhaus.de/lastminute zu erreichen. Hier finden sich vielfältige Angebote – von der Jugendbegegnung in Griechenland bis zum Internationalen Jugendfreiwilligendienst in den USA. Das Besondere: Es werden nur geförderte Programme veröffentlicht. Die Angebote werden von Trägerorganisationen in die Datenbank eingegeben, von *Eurodesk* geprüft und freigeschaltet.

Wer nun Lust auf einen Auslandsaufenthalt bekommen hat, kann eine Mail an eurodeskde@eurodesk.eu schicken, einen **persönlichen Beratungstermin** vereinbaren oder die *Eurodesk-Hotline* 0228 / 9506-250 wählen und sich kostenlos, neutral und trägerübergreifend beraten lassen. Das *Eurodesk*-Netzwerk in Deutschland ist unter www.rausvonzuhaus.de/Beratung zu erreichen.

Quelle und Text: *ijab* PM2.3.18—11:01



T2/18-1-2 Reisekultur im Alten Europa

„Eine Kutsche ist wie eine Straßendirne...“ hat der Schöningh-Verlag das Buch des polnischen Historikers Antoni Mączak genannt, das im vergangenen Jahr im *Zentrum für Historische Forschung* der *Polnischen Akademie der Wissenschaften* in Berlin für die Herausgabe fertiggestellt worden ist. Der etwas mysteriös klingende und altmodisch wirkende Titel hat einen handfesten und ganz modernen Hintergrund, dessen Erklärung auf S. 182–183 dem Leser ein sehr begreifliches Aha-Erlebnis beschert. Mączak hat aus Quellen des 16. und 17. Jahrhunderts ein Bild des Reisens im Europa der Vormoderne gezeichnet. Die Liste der Handschriften am Ende des Buches verzeichnet 25, die der gedruckten Quellen knapp 300 Titel.

Das deutsche Buchmanuskript hat eine bewegte Geschichte hinter sich, nachdem die polnische Originalausgabe 1978 erschienen und das Buch bereits in vier andere Sprachen übersetzt worden war. Die polnische Fassung ist die längste, die englische nur wenig gekürzt. Die deutsche Übersetzung tauchte erst 2006 auf und enthält viele Textabschnitte des Originals nicht. Es dauerte lange, bis der Übersetzer identifiziert werden konnte. Nun liegt sie vor, in gediegenem Festeinband, mit 15 überwiegend farbigen Abbildungen, Personenregister, Anmerkungsapparat und Literaturverzeichnis – eine kurzweilige Abendlektüre ebenso wie ein informatives wissenschaftliches Werk. Der vielfältig erfahrene Achatz von Müller hat zum Geleit geschrieben: „Der halbblinde Spiegel – Reise und Reisebericht im frühneuzeitlichen Europa“.

Antoni Mączak, „Eine Kutsche ist wie eine Straßendirne...“. *Reisekultur im Alten Europa* (Paderborn: Brill / Schöningh 2017), 237 S., ISBN-978-3-506-78485-8, 29,90 €.

Antoni Mączak [mõtʃak] ist in Deutschland zu Unrecht weitgehend unbekannt. Aber er war, schreibt Igor Kąkolewski im Nachwort zu dem Buch, einer der bedeutendsten polnischen Historiker des 20. Jahrhunderts (1928–2003) und gehört zu den Historikern, die die französische *Annales*-Schule in Polen eingeführt haben. Entsprechend hat er sozialgeschichtliche Ansätze,

Antoni Mączak

Eine Kutsche ist wie eine Straßendirne...

Reisekultur im Alten Europa



Interdisziplinarität und den historischen Vergleich stark gemacht. Ausgestattet mit einem **europäischen Blick** und einer geschärften Aufmerksamkeit für die Geschichten des Alltags wurde er zu einem **Begründer der modernen Reiseforschung** (Kąkolewski) in Polen. Er hat das *Journal of History of Travel and Tourism* gegründet und zusammen mit dem deutschen Sozial- und Wirtschaftshistoriker **Hans Jürgen Teuteberg** den Tagungsband „Reiseberichte als Quellen europäischer Kulturgeschichte“ (1982) herausgegeben. Der junge Woyciech Tygielski (geb. 1953), der sich auch mit dem Reisen in der Neuzeit beschäftigt, ist sein Schüler.

Das Buch behandelt einzelne Aspekte des Reisens, und Kapitelüberschriften wie „Reisekosten“, „Grenzen“, „Reliquien“ oder „Maße und Vergleiche“ sind beim Ansatz der *Annales* nur zu erwarten. Im Kapitel 16 („Früchte der Reisen“) lässt Mączak eine gewisse Skepsis erkennen, ob Reisen tatsächlich zur Auflösung von Stereotypen beiträgt. Die Reisenden sahen vor allem das, worauf sie vorbereitet waren, oder machten sich Deutungen zu eigen, denen sie Geltung verschaffen wollten. AT

Quelle und Kontakt: Prof. Dr. Igor Kąkolewski, c/o *Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften* (<http://www.cbh.pan.pl/de/>), 13156 Berlin, Majakowskiring 47 (Tel.: 030 / 486 285 40).

W. Welt- innen- politik

W1/18-1-2 **Neue Veröffentlichung zur Politischen Ökonomie der EZ**

„Die vorliegende Studie behandelt die politische Ökonomie des Politikfeldes deutsche Entwicklungszusammenarbeit“ lautet der erste Satz von Prof. Dr. MICHAEL BOHNETS jüngster Veröffentlichung beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Mit dem Ansatz, dass EZ – z.B. die Höhe des BMZ-Haushaltes – das **Ergebnis politischer Entscheidungen** ist, setzt Prof. Dr. Bohnet, vielerfahrener Experte auf dem Gebiet, Ministerialdirektor i.R. und Mitglied im SSIP, eine klare Position, die die institutionellen Verantwortlichkeiten betont. Hinweise, bei welchen

Funktionsträgern die jeweiligen Entscheidungen liegen, finden sich überall in dem Papier. Prof. Bohnet hat 30 Jahre Erfahrungen im BMZ gesammelt; unter anderem war er dort Leiter der bilateralen wie auch der multilateralen Abteilung.

„Ziel der Studie ist es, einen Überblick über Entscheidungsprozesse der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu geben und zentrale Fragen über die Zusammensetzung des deutschen EZ-Budgets, deren Entscheidungsgründe und die

Prioritätensetzung zu beantworten. Dazu werden die Bestimmungsgründe der bilateralen und der multilateralen deutschen EZ analysiert und die Akteure und Instrumente beleuchtet.“ (S.1) Bohnet möchte erläutern, wer über Einzelplan 23 entscheidet, welche Akteure es tun und wie Prioritäten festgelegt werden (Kapitel 2). Dabei stützt er sich auf aktuelle Dokumente (bis einschl. 2017) und Gespräche mit BMZ-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeitern. Wo nötig, wird auf weiterführende web-Seiten verwiesen. In Kapitel 3 werden die einzelnen Instrumente im Portfolio des BMZ analysiert und bewertet. Die Sonderinitiativen werden in Kapitel 4 erklärt. Eine Gesamtanalyse der multilateralen EZ bietet Kapitel 5.

In den Anlagen befinden sich im Schaubild, tabellarisch oder listenweise grundlegende Daten (BMZ-Haushalt 2017, Kooperationsländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den für die einzelnen Regionen geltenden Akzente, die

Pflicht- und die freiwilligen Beiträge Deutschlands zu multilateralen Organisationen u.a.). Viele der Tabellen und Anlagen hat der Verfasser selber berechnet.

Aus den Analysen arbeitet der Verfasser heraus, dass die Mittelverwendung überwiegend durch Pflichtbeiträge und die „Fortschreibung von Vergangenheitswerten“ („Pfadabhängigkeiten“ und „formelbasierte“ Entscheidungen) bestimmt ist. Er empfiehlt indes mehr „evidenzorientierte“ Entscheidungen, die – salopp gesagt – auf die Identifizierung aktueller Themen zurückgehen müssten („ergebnisbasierte Ansätze“). Er möchte die bilaterale nicht-staatliche EZ, den Einfluss der Zivilgesellschaft, insbesondere der Kirchen, weiter gestärkt und die freiwilligen Beiträge zu einer Reihe von UN-Organisationen erhöht sehen. Davon abgesehen, krankt Einzelplan 23 seiner Meinung nach an einer „strukturierten Unübersichtlichkeit“, für die er drei Lösungsvorschläge unterbreitet.

Dieses recht schmale Heft stellt eine einführende Lektüre für den Wissenschaftler, der einen Überblick bekommen will, dar wie auch für Studierende, weil das fachspezifische Vokabular auf der Stelle bündig erläutert wird. Als „Diskussionspapier“ trifft es eine Stellungnahme für stärker aktualitäts- und problembezogene Förderentscheidungen und stellt insofern ein Fähnchen gegen eine Politik der Alternativlosigkeit auf.

Da Bohnets Papier strikt gegenwartsorientiert ist, kann für den Interessierten die historische Aufarbeitung der bundesrepublikanischen Entwicklungspolitik von unserem Mitglied MARKUS LOHMANN als Parallel-Lektüre aufschlussreich sein.

Markus Lohmann, *Von der Entwicklungspolitik zur Armenhilfe. Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1961–1989 auf dem Weg in die Wirkungslosigkeit? (Perspektivenwechsel Interkulturell; 4)*, Berlin: Weißensee 2010, 228 Seiten, ISBN 978-3-89998-180-3; € 28,00.

W2/18-1-2 Eine „Dritte Generation“ der Vereinten Nationen!

(Zum Bericht W2/17-3-4 „UNO in der Krise“)

Im vergangenen Heft war über ein Podiumsgespräch mit Diskussion in Berlin über die Frage „**UNO in der Krise**“ berichtet worden. Eine provokante Frage aus dem Publikum und die Reaktion dazu auf dem Podium verglich der Berichtende mit einem „Paukenschlag“; denn wie selten sonst wurde hier die derzeitige Arbeit und Struktur der Vereinten Nationen grundsätzlich in Frage gestellt – aber eben der **derzeitigen VN**, die in unzulänglichen Verfahrensregelungen verfangen sei, wie Prof. Dr. Klaus Hüfner, kritisierte. Als dem ehemaligen Präsidenten der Deutschen UNESCO-Kommission liegt es ihm natürlich fern, ersatzlos die Abschaffung der VN zu fordern.

Worum es geht, hat Prof. Hüfner freundlicherweise erläutert (s. rechte Spalte). So wie der **SSIP** seit seiner Gründung ein Unterstützer der europäischen Vereinigung war, so ist er stets für ein System der Vereinten Nationen eingetreten. So wie der SSIP nicht einer dysfunktional arbeitenden EU das Wort reden wird, sind die SSIP-Mitteilungen der geeignete Ort für Gedanken zur Reform der VN. Wir danken Herrn Prof. Hüfner für diese konkrete Darlegung, wie sie im Rahmen der Berliner Podiumsdiskussion nicht möglich war.

Bitte missverstehen Sie meinen „Paukenschlag“ nicht. Ich wollte lediglich darauf hinweisen, dass die Vereinten Nationen aufgrund der in ihrer Charta niedergelegten Struktur **nicht reformfähig** seien. Zwar erlaubt Artikel 109 Absatz 1 der Charta, dass zu ihrer Revision eine Allgemeine Konferenz der UN-Mitglieder zusammentreten kann. Dazu sind ein Beschluss der Generalversammlung mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit und ein Beschluss von neun beliebigen Mitgliedern des Sicherheitsrats notwendig.

Sollte es dann zu einer Revision der Charta kommen, so wird sie nach Artikel 109 Absatz 2 erst dann in Kraft treten, sobald sie von zwei Dritteln der Mitglieder der Vereinten Nationen einschließlich aller fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats ratifiziert worden ist. Seit über 70 Jahren werden zwar Reform-Vorschläge unterbreitet. Eine Chance zu deren Umsetzung besteht jedoch nur, wenn sie sich im Rahmen der Vorschriften der Charta bewegen. Dadurch wird auch kein Versuch unternommen, die Rechte der fünf ständigen Mitglieder in der einen oder anderen Form zu verändern. Auch an eine Veränderung in der Zusammensetzung des Sicherheitsrats ist nicht zu denken. Daher ist es bisher auch nicht zur Einberufung einer entsprechenden Allgemeinen Konferenz gekommen.

Dieser Zustand bewegte mich dazu, die Auflösung der Vereinten Nationen aufgrund ihres gegenwärtigen Zustands zu fordern. Dabei ließ ich mich stets von Maurice Bertrand leiten, der **eine „Dritte Generation** der Vereinten Nationen“ mit folgender Begründung forderte: Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Völkerbund gegründet; nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Vereinten Nationen geschaffen; und nach dem Ende des Kalten Krieges...? Selbstverständlich benötigen wir eine neue Organisation der Vereinten Nationen, aber ein Neuanfang bedeutet, dass wir auf Strukturen verzichten, die sich in der Vergangenheit nicht bewährt haben.

Nachrichten für Mitglieder

SSIP₁/18-1-2 Nachrichten aus Genua

Vor ½ Jahr ist unser Mitglied Pfarrerin Kruse in ihr neues Amt als Pastora der *Evangelisch-Lutherischen Gemeinden Genua und Sanremo* eingeführt worden. Sie hat inzwischen in mehreren emails an ihre Bekannten in Deutschland über den Wechsel von Berlin an die Küste Liguriens berichtet. War dieser Wechsel ein „**Kulturschock**“? Es war wohl eher ein klimatischer Schock — aber im angenehmen Sinne. Es sind spezifische Aspekte des Alltags, die durch das Einleben in der anderen Kultur stärker ins Bewusstsein getreten und die geeignet sind, als interkulturelle Erfahrungen in die Zeitschrift des SSIP übernommen zu werden:

Wie eng es hier zwischen Meer und Bergen zuweilen ist, daran muss ich mich allerdings als Flachländerin gewöhnen. Auch daran, dass die Tankstellen öfter geschlossen als geöffnet zu sein scheinen (und wer weiß, ob der Automat funktioniert...). Auch die konsequente Mittagspause bis um vier und die geöffneten Geschäfte am Sonntag (!) finde ich gewöhnungsbedürftig. Keine Umstellungsschwierigkeiten habe ich mit dem Verkehr: Jeder rechnet damit, dass der andere sich nicht an die Regeln hält, die im Übrigen elastischer

sind als in Deutschland, und so nehmen alle Rücksicht aufeinander. Und es gibt kein Fluchen und Schimpfen – sehr angenehm.

1. Sprache

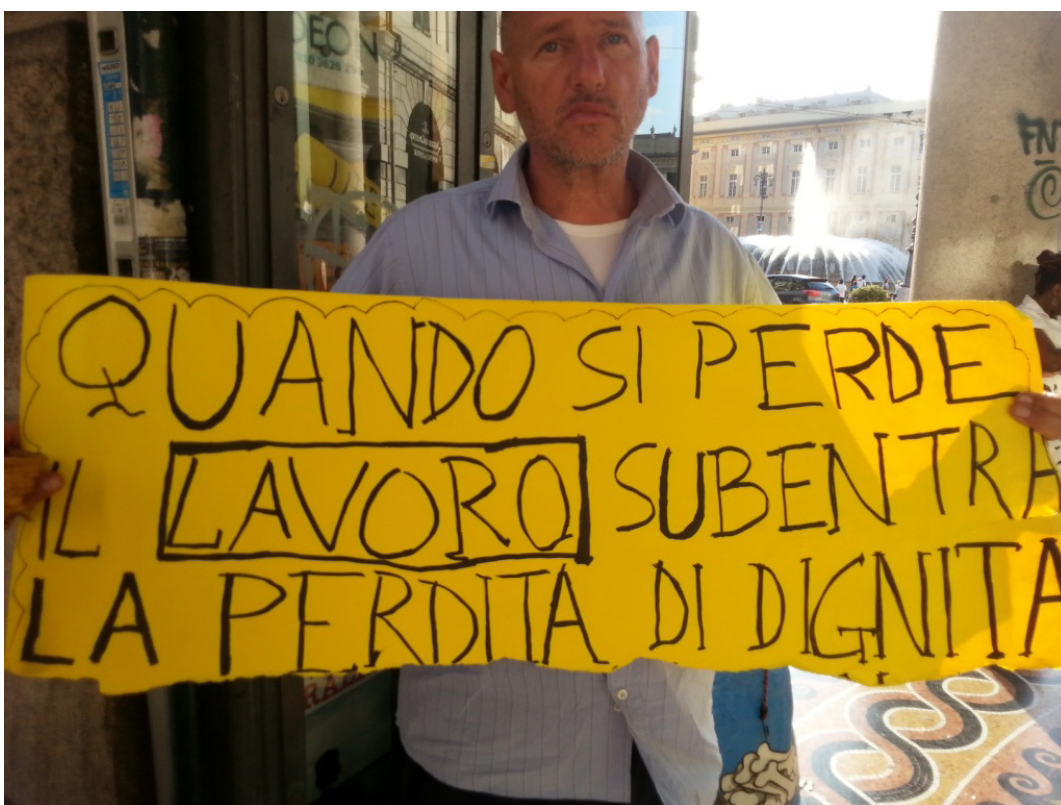
Während in der Gemeinde Sanremo das meiste auf Deutsch passiert, ist es in Genua gerade umgekehrt. Das liegt in erster Linie am Vorsitz: hier Italiener, dort Deutsche. In jedem Fall erfordert die Bilingualität für jeden Gottesdienst und jede Veranstaltung viel Kreativität. Außerdem muss alles rechtzeitig vorbereitet werden, damit die Übersetzerin ggf. ausreichend Zeit hat. Das Thema Übersetzung rückt mir insgesamt nochmal näher: Es ist eben nicht das Gleiche, denselben Gedanken auf Deutsch oder auf Italienisch auszusprechen. Interessante Beobachtung: Während ich auf Deutsch bekanntermaßen schnell abdrehe, wenn es mir zu fromm wird, fühlt es sich auf Italienisch nicht „so schlimm“ an. Ob das an der Distanz zu den Dingen liegt, die der Gebrauch einer fremden Sprache herstellt, fragt Elisabeth Kruse.

Ich schwanke zwischen dem Glücksgefühl, diese wunderbare Sprache lernen und anwenden zu können, und der Ungeduld, weil meine kleinen Möglichkeiten einfach nicht ausreichen, und weil das auch einsam macht, wenn man sich nicht angemessen verständigen kann. Wie muss es den Flüchtlingen mit dem Thema Sprache gehen...?



2. Migranten / Fremde

Es fällt schon auf im Straßenbild, wie viele Menschen aus Afrika hier leben und sich irgendwie durchschlagen (siehe Bild). Ich weiß noch zu wenig über die Hintergründe hier. Zum Zeitung lesen reichen einstweilen weder Zeit noch Sprachkenntnisse (ich versuchs immer mal wieder), aber es gibt einen Radiosender, der mich beim Frühstück begleitet (während ich abends im Fernsehen die deutschen Nachrichten schaue) und mir langsam eine Idee vermittelt, welche Themen die Menschen hier bewegen. So wurde heute der Tag der Erinnerung an die Opfer der Flucht im Mittelmeer begangen. Es gibt wohl kein Land in Europa, wo man sich vor dem Thema verstecken könnte... Die ELKI (Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien) hat eine Diakonie-Beauftragte, die uns am Einführungswochenende besucht hat, und die dabei ist, je ein Projekt für den Süden, die Mitte und den Norden des Landes aufzubauen: Flüchtlinge, Erdbebenopfer, ehem. Drogenabhängige. Die Gefahr, aufgrund der Krise aus der Spur zu geraten, ist jedenfalls groß für viele (s. Bild: „Wenn man die Arbeit verliert folgt der Verlust der Würde.“).



Es ist zu hoffen, dass der SSIP von Elisabeth Kruse noch einige interessante Einblicke in das Nachbarland Italien erhält, über das die bundesdeutschen Medien mit ihrem nationalstaatlichen Kirchturmblick nur berichten, wenn es Krisenhaftes zu vermelden gibt.

SSIP-Tagungskalender

Der Tagungskalender ist eine Dienstleistung des SSIP für seine Mitglieder, um Informationsmöglichkeiten bereitzustellen und um Trends der Forschung abzubilden. Deswegen wird immer auch ein Rückblick auf die Veranstaltungen des vergangenen Vierteljahres geboten. Der SSIP fertigt diese Zusammenstellung aus verschiedenen Quellen an; Irrtümer und Übermittlungsfehler sind immer möglich. Die Mitglieder werden gebeten, Angaben bei Bedarf noch einmal zu überprüfen.

2. Halbjahr 2018

**„Endangered“ Scholars and „Rescue“ Policies.
Recent Research and Future Prospects (workshop)**

27. – 29.6.2018

Berlin: Centre Marc Bloch (Salle Germaine Tillion) Friedrichstrasse 191)

Die Aufnahme gefährdeter Forschender haben sich im 20. und 21. Jahrhundert eine Reihe von Initiativen zur Aufgabe gemacht. Wiederholt setzten sie es sich zum Ziel, Menschen vor Verfolgung zu schützen oder gegen autoritäre Regime vorzugehen, mit Hilfe der Wissenschaften den Weg für den Frieden zu ebneten oder – allgemeiner – die intellektuelle Freiheit zu verteidigen.

Die im Jahr 2015 in Syrien gefolterten und exekutierten Archäologen sowie das Ausmaß der Repressionen, mit denen sich Akademikerinnen und Akademiker in der Türkei konfrontiert sehen, ließen Fragen rund um die Aufnahme ‚gefährdeter Forschender‘ neue Aufmerksamkeit zuteilwerden – zu einem Zeitpunkt, als Migration seitens der europäischen Regierungen und der EU als ‚Problem‘ benannt wurde

Das Ziel des *workshops*, der unter Beteiligung des IMIS (Osnabrück) stattfindet, ist es, Analyse-kategorien und Methoden zu durchleuchten, um – langfristig, historisch, vergleichend und aus multidisziplinärer Perspektive (Geschichte, Soziologie, Politikwissenschaften) – einerseits die Besonderheiten von Migrationswegen zu verstehen und andererseits die Ausgestaltung institutionalisierter Aufnahmeprozesse herauszuarbeiten. Dieser *workshop* soll einen ersten Überblick über laufende Arbeiten und die Umsetzungsmöglichkeiten solcher Forschungen geben..

Kontakt und Anmeldung: Laura Roos, roos@cmb.hu-berlin.de

homepage: <https://cmb.hu-berlin.de/kalender/termin/endangered-scholars-and-rescue-policies-recent-research-and-future-prospects/>



Reformen und Revolution?

Das Phänomen Macron in Zeiten kriselnder repräsentativer Demokratien in Europa. / XXXIV. Jahrestagung des Deutsch-Französischen Instituts (dfi)

28. – 29.6.2018

Ludwigsburg

Der proeuropäische Kurs des französischen Präsidenten in den im Wahlkampf, den er mit seiner programmatischen Rede an der Sorbonne Ende September 2017 fortgeschrieben hat, ist von der Grundüberzeugung getragen, dass die vielerorts spürbare Krise der repräsentativen Demokratie in Europa aus der teilweise mangelnden Fähigkeit der Nationalstaaten resultiert, angemessen auf die Erwartungen und Bedürfnisse ihrer Bürger zu reagieren. Die Antworten auf diese Krise in den verschiedenen Ländern fallen teilweise sehr unterschiedlich aus. Daher erscheint es interessant, die Entwicklungen in Frankreich in Bezug zu anderen europäischen Ländern zu setzen. Folgende Themenkomplexe können dabei eine Rolle spielen:

Welchen Politikstil verkörpern Macron und andere Vertreter einer neuen Politikergeneration in Europa? Welche politischen Lösungen werden in Frankreich und anderen Ländern diskutiert (Policy-Analyse)?

Welche Folgen haben Veränderungen im Wahlverhalten für das Parteiensystem in westlichen Demokratien (Legitimitätsprobleme repräsentativer Demokratien)?

Wie ist Macrons Idee eines souveränen Europas zu bewerten? Können Reformen die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union (Output-Legitimität) stärken? - Wie lässt sich die EU demokratischer gestalten?

Die Tagungspauschale beträgt 140€ (1 Übernachtung, Tagungsgebühr und Verpflegung).

Kontakt: Deutsch-Französisches Institut, · 71634 Ludwigsburg, AspergerStr.34, · E-Mail: lejeune@dfi.de

Quelle: dfi 2.3. 18 – 15:59

Mediterranean Europe(s)

Images and Ideas of Europe from the Mediterranean Shores

4. – 6.7.2018

Neapel: Istituto Italiano per gli Studi Filosofici

Das Hauptziel dieser internationalen Konferenz besteht darin, Kulturwissenschaftler, Historiker der Geistesgeschichte und Wissenssoziologen (intellectual historians), Philosophen, Ethnologen sowie Kunst- und Literaturwissenschaftler zusammenzubringen, um europäische und Mittelmeerstudien enger miteinander zu verknüpfen. Auf diese Weise soll stärker erhellt werden, welche Rolle das Mittelmeer seit dem 18. Jh. dabei gespielt hat, Bilder, Vorstellungen und Diskurse über Europa zu formen.

Panel 1: Brücken zwischen Europa und dem Mittelmeer (Matthew D'Auria). Panel 2: Italien und das Mittelmeer (Fernanda Gallo). Panel 3/9: Narrative von Frankreich und dem Mittelmeer (Gavin Murray-Miller). Panel 4: Frankreich und das Imaginaire vom Mittelmeer im Langen 19. Jahrhundert (Arthur Asseraf). Panel 5-6: Europa, das Mittelmeer und der Osten (Georgios Giannakopoulos). Panel 7: Griechenland und die Welt(en) des Mittelmeers (Peter Pichler). Panel 8: Literarische Narrative von Europa und Mittelmeer (Federica Frediani). Panel 10: Disorientations: Handel, Exil und das Mittelmeer im 20. Jh. (Marzia Maccaferri). Panel 11: Dekolonisierung und Ökonomische Integration: Zwischen Europa und Algerien (Arthur Asseraf).

Keynote Lecture Roberto Dainotto (Duke University): Neapolitan taxi-drivers and Chinese Mandarins: Max Weber's quest for the Spirit of Capitalism

Research Network on the History of the Idea of Europe c/o Dr. Florian Greiner (Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Augsburg): florian.greiner@philhist.uni-augsburg.de. Quelle und nähere Information; Homepage: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=37533>; <http://www.historyideaofeurope.org/images-and-ideas-of-europe-from-the-mediterranean-shores/>

Balkans: Meeting of Cultures

Cross-Cultural Trading Diasporas in South-Eastern Europe

3. – 6.9.2018

Rom: Universität La Sapienza

Diasporische Gemeinschaften können generell die Kommunikation innerhalb ihrer Netzwerke sehr nachhaltig gestalten. Auf dem Balkan konnten solche Gruppen geschickt andere ethnische Gruppen, die sich dort eingerichtet hatten, überflügeln und produktive Nischen im Handelsverkehr vieler Regionen Südosteuropas und Italiens besetzen. Diese Netzwerke umspannten alle vier großen Religionen (Judentum, das Lateinische und das Orthodoxe Christentum und den Islam wie auch alle größeren und kleineren politischen Mächte auf dem Balkan. Auf der Konferenz soll genauer untersucht werden, wie der Erfolg, die all diese verschiedenen ethnischen Gruppen wie Sepharden, Rumänen, Aromunen, die verschiedenen Bevölkerungen auf der italienischen Halbinsel u.a. im Handel erzielten, mit ihren kulturellen und sozialen Hintergründen und ihre sozio-ökonomischen Praktiken zusammenhängen.

Veranstalter: La Sapienza / Ben-Gurion Universität / Universität Warschau, Fakultät der „Artes Liberales“ / Accademia di Romania in Roma. Kontakt: balkansmeetingofcultures@gmail.com

Quelle und Info: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=37449>; Connections. A Journal for Historians and Area Specialists (6.4.2018 (www.connections.clio-online.net/event/id/termine-36939)).

„Aus Freude am Glauben“

5. Berliner Fest der Kirchen

8.9.2018

Berlin: Alexanderplatz

Christen präsentieren zwischen Weltzeituhr und Brunnen der Völkerfreundschaft ihre Vielfalt und stellen ihr religiöses, soziales und kulturelles Engagement vor. Das Fest beginnt um 12:00 Uhr mit dem internationalen Streetfood der Gemeinden des Internationalen Konvents. Neben dem Markt der Möglichkeiten wird es wieder ein Bühnenprogramm geben. Um 18:00 Uhr feiern die Anwesenden mit den Bischöfen und leitenden Vertretern der Kirchen einen ökumenischen Gottesdienst und legen Zeugnis ab für die Hoffnung, aus der sie leben. Ein Open-Air-Konzert um 20:00 Uhr beschließt das Fest.



Second Annual Graduate Conference on the History of European Integration

10. –12.9.2018

Florenz

Die Konferenz bietet für Doktoranden und Nachwuchsforscher einen Raum, um ihre laufenden Projekte, die die Geschichte der europäischen Integration zum Thema haben, zu diskutieren. Die Konferenz besteht aus *panel*-Sitzungen über die Werkstattberichte, die eingesandt worden sind, und aus Diskussionen über historiographische und methodologische Ansätze. Die Konferenz will eine informelle Atmosphäre herstellen, in der neue Ideen und Orientierungen entstehen und eine Beratung über Veröffentlichungsmöglichkeiten und Karrierechancen stattfindet.

Die *Annual Graduate Conference* ist ein Gemeinschaftsunternehmen des *Alcide De Gasperi Research Centre* am Europäischen Universitätsinstitut EUI und der zwei Verbände junger europäischer Wissenschaftler, *Réseau international de jeunes chercheurs en histoire de l'intégration européenne* (RICHE) und der *History of European Integration Research Society* (HEIRS) und wird organisiert mit der Unterstützung des *Department of History and Civilization* der EUI und dem *Robert Schuman Centre for Advanced Studies* der EUI.

Information: <https://www.eui.eu/Research/HistoricalArchivesOfEU/AlcideDeGasperiResearchCentre/Annual-Graduate-Conference>.
Kontakt: agc.history.europe@gmail.com bzw. Claudia.Fanti@EUI.eu (Tel. ++39/055/4685662).

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=36731>

Zwischenräume – Geschlecht, Diversität und Identität im Comic.

13. Wissenschaftstagung der *Gesellschaft für Comicforschung* (ComFor)

17. – 19.9.2018

Köln: Universität, COPT-Gebäude (Gebäude 315), Räume H230, S231-S233, Luxemburger Str. 90

Der Comic ist über Dekaden hinweg als populärkulturelles Massenphänomen wahrgenommen worden, das (geschlechter-)stereotype Darstellungen manifestiert und damit gesellschaftlich fest- und fortschreibt. So gehört etwa das Bild des besonders hilflosen, passiven, dafür aber umso attraktiveren weiblichen Opfers genauso zum Repertoire des Darstellungskanons wie die Repräsentation eines strahlenden, weißen, heterosexuellen, muskulösen Helden. Als populäres und oftmals marginalisiertes Medium ist der Comic jedoch nie in dieser Rolle als (reaktionärer) Stabilisator aufgegangen. Vielmehr verfügt das Medium über eine gesellschaftspolitische Dimension, die Comic-Schaffende seit jeher dazu veranlasst hat, Zwischenräume kreativ zu nutzen, um (gesellschaftliche) Normen zu hinterfragen und zu unterlaufen.

Im Rahmen der 13. Wissenschaftstagung der Gesellschaft für Comicforschung werden verschiedene Formen der Zwischenräume und Zwischentöne im Comic, aber auch in seiner Produktion und Rezeption sichtbar gemacht. Im Vordergrund der Tagungsbeiträge steht die Frage, wie Geschlecht, Identität und Diversität in der sequenziellen Kunst dargestellt und verhandelt werden. Die Beiträge sind international und interdisziplinär. Indem queer-feministische und intersektionale Perspektiven sowie Ansätze der Disability Studies mit aktuellen Ansätzen der interdisziplinären Comicforschung verbunden werden, wird das diskursive Ineinandergreifen und Zusammenwirken gesellschaftlich konstruierter identitäts- und differenzstiftender Kategorien wie Geschlecht, Sexualität, Alter, Klasse, Nationalität, Dis/Ability, Religion oder Ethnizität in den Fokus der Veranstaltung gerückt. Die Tagung soll dazu beitragen, Ausschließungen, Machtstrukturen sowie (hetero-)normative Zuweisungen im Medium Comic aufzuspüren und ihre gesellschaftspolitische sowie mediale Form der (Re-)Produktion einer differenzierten Betrachtung sowie kritischen Analyse zu unterziehen.

Prof. Dr. Christine Gundermann (Universität zu Köln, Historisches Institut) / Nina Heindl (Universität zu Köln, a.r.t.e.s.) / Véronique Sina (Universität zu Köln, Institut für Medienkultur und Theater). <http://www.comicgesellschaft.de> (Teilnahmegebühr zwischen 35 € und 15 €). Anmeldung bis zum 31. August 2018 per Mail an: comfortagung2018@gmail.com.

Quelle und weitere Information: www.hsozkult.de/event/id/termine-37377

Exklusion — Inklusion — Transkulturalität im Raum

19.–22.9.2018

Kiel: Christian-Albrechts-Universität / Institut für Ur- und Frühgeschichte, Johanna-Mestorf Hörsaal

Der Arbeitskreis für Historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa (ARKUM) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Ur- und Frühgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und dem Institut für Ur- und Frühgeschichte und Vorderasiatische Archäologie der Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg lädt ein, um nach den räumlichen Manifestationen von transkulturellen Exklusions-, Inklusions- und Verschmelzungsprozessen zu fragen. Die Tagung stellt in den Mittelpunkt, wie transkulturelle Prozesse und Praktiken räumliche Anordnungen schaffen und wie räumliche Dispositionen auf transkulturelle Prozesse einwirken. Es werden

insbesondere die landschaftlichen Bezüge von Räumen oder Orten betrachtet sowie die Auswirkungen transkultureller Inklusions- und Exklusionsmechanismen auf die Gestaltung und Entwicklung von Kulturlandschaft untersucht.

Kontakt: Prof. Dr. Thomas Meier (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg: Zentrum für Altertumswissenschaften / Institut für Ur- und Frühgeschichte und Vorderasiatische Archäologie; <http://www.zaw.uni-hd.de>) thomas.meier@zaw.uni-heidelberg.de – Anmeldungen bei Irene Zerza (zerza@geographie.uni-bonn.de)

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=37848>angaben

10 Jahre weltwärts

Entwicklungspolitische Freiwilligendienste im Fokus der
Forschung Call for papers

27.9.2018

Köln

Wissenschaftliche Tagung zu entwicklungspolitischen Freiwilligendiensten aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des weltwärts-Programms. Die Tagung will dazu beitragen, theoretisches und empirisches Wissen zu WELTWÄRTS und zum Format der entwicklungspolitischen Freiwilligendienste vorzustellen und interdisziplinär zu diskutieren. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen Disziplinen sind eingeladen, sich mit Beiträgen zu bewerben. Sowohl eher grundlagentheoretische als auch empirische Beiträge sind erwünscht.

Neben Etablierten sind insbesondere Nachwuchswissenschaftlerinnen / Nachwuchswissenschaftler (etwa Autorinnen / Autoren von Abschluss- oder Doktorarbeiten) aufgefordert sich zu bewerben. Die Beiträge sollten einen expliziten Bezug zu entwicklungspolitischen Freiwilligendiensten aufweisen. Abstracts können bei Stefanie Bonus eingereicht werden.

Kontakt: transfer e.V. (Grethenstr. 30, 50739 Köln): Tel. +49/221/95921-90, Fax -93, service@transfer-ev.de

Quelle: Newsletter

Quellen zur Geschichte der ‚internationalen‘ Beziehungen
zwischen politischen Zentren in Europa und der Mittelmeerwelt
(ca. 800–1600): Briefe – Urkunden – Verträge

15. Internationaler Kongress zur Diplomatie

4.–6.10.2018

Leipzig: Sächsische Akademie der
Wissenschaften

In der Sektion „Nordeuropa“ wird in mehreren Referaten der **Vertrag von Kalmar** behandelt. In der Sektion „Ost-, Mittel- und Südosteuropa“ geht es unter anderem um die Verträge zwischen Livland und Russland (15.–16. Jahrhundert) und die **polnisch-litauische Union** (14.–16. Jahrhundert). Kornél Szovák (Budapest) referiert über die ungarisch-tschechischen Friedensverträge im 13. Jahrhundert, György Rácz (Budapest) über das Gipfeltreffen der Könige von Polen, Böhmen und Ungarn im Jahre 1335, das 1991 in der Erklärung von **Visegrád** eine gewisse Fortsetzung fand.

In der Sektion „Mittel-, Süd- und Westeuropa“ sind die Verträge zwischen Friedrich Barbarossa und Venedig ein Thema. Ellen Widder (Tübingen) spricht über die **Briefe mongolischer Herrscher** an den König von Frankreich („Von Fernost ins Abendland“), Szilárd Süttö (Miskolc, Ungarn) über die Umstände der Ausfertigung der Urkunden vom 28. Juli 1385 über die geplante Ehe zwischen Wilhelm von Habsburg und der ungarisch-polnischen **Königstochter Hedwig** und Olivier Poncet (Paris) über den **Londoner Friedensvertrag** unter den europäischen Mächten von 1518.

Die Sektion über Südeuropa und den **Mittelmeerraum** enthält viele Beiträge zu den politischen Beziehungen dort und zwischen Europa und dem **Vorderen Orient**: Unter anderem sprechen Maria Cristina Almeida E Cunha Alegre und José Marques (Porto) über den Vertrag von Tordesillas zwischen Portugal und Kastilien 1494 und Cristina Mantegna (Rom) über die Verträge zwischen Venedig und den Osmanen im 11.–14. Jahrhundert. Antonella Ghignoli (Rom) setzt sich auf die Spuren der Berichte über die Beziehungen zwischen Pisa und dem Maghreb im 12.–14. Jahrhundert und Frédéric Bauden (Lüttich) und Marta Manso Rubio (Barcelona) referieren über die Allianz zwischen dem Sultan der ägyptischen **Mameluken**, Khalil, und dem König von **Aragón** 1293.

Kontakt und Organisation: Dr. des. Sebastian Roebert (Tel.: 0341/97 37-083) und Dr. des. Eric Böhme (Tel.: 0341/97 37-112), cid2018@saw-leipzig.de

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=37190>; Homepage: <https://www.saw-leipzig.de/de/aktuelles/cid2018>

Histories of Migration: Transatlantic and Global Perspectives

Call for papers

17. – 20.10.2018

Berkeley: UC Berkeley

Im Rahmen der 2nd Bucerius Young Scholars Forum am Pacific Regional Office des Deutschen Historischen Institut in Washington (GHI West Berkeley) lädt Dr. Andrea Westermann junge Wissenschaftler der Geschichte und verwandter Disziplinen zu einem Kolloquium ein, welches Migrationsgeschichte und history of knowledge miteinander verknüpfen soll. „Production of knowledge“ findet statt, wenn Migranten kategorisiert und nach ethnischen und rechtlichen Kriterien eingeordnet werden. Das tun Forscher ebenso, und die Migranten selber sind Experten darin, politische, juristische, ökonomische u.a. Informationen einzusetzen, explizit oder durch Verschweigen. Religion, Ethnizität, gender, Alter und Generationszugehörigkeit spielen eine Rolle. Die Tagung will diesen Prozessen epochenübergreifend, transregional oder fächerübergreifend nachgehen.

Die Teilnehmer werden die National Archives in San Francisco besuchen und über die Schwierigkeiten diskutieren, den staatlich produzierten und vom Staat aufbewahrten Quellen Informationen über das Handeln und das Wissen von Migranten zu entnehmen. Arbeitssprache Englisch.

Kontakt: Heike Friedman, 249 Moses Hall, Berkeley, CA 94720-2316, Tel. 0015106634558, friedman@ghi-dc.org

Homepage: <https://www.ghi-dc.org/events-conferences/event-history/2018/conferences/histories-of-migration.html?L=0>

„1938“ and the Politics of Homogenization

Protecting the Nation in Europe on the Eve of World War II

10. – 12.10.2018

Prag

Das Münchner Abkommen bildet den Ausgangspunkt für die Konferenz. 1938 steht symbolhaft für den Weg nationaler Inklusion und Exklusion, den europäische Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg einschlugen. 1938 markiert die Abkehr von der liberalen Konzeption moderner Staaten und Gesellschaften. Das Prinzip des „Schutzes der eigenen Nation“ kann man vor dem Zweiten Weltkrieg quer durch Europa in verschiedenen Entwicklungsphasen registrieren. Den Grund sehen die Veranstalter mindestens schon in der ökonomischen und politischen Krise der 1930er, in deren Folge sich Europa stärker den Prinzipien rassistischer und ethnischer Säuberungen ergab. Neben Nazi-Deutschland sympathisierten häufig auch lokale, national gesinnte Eliten mit der Idee, die „Nation beschützen“ zu müssen. Daraus sei eine Homogenisierung in geographischer und demographischer Hinsicht gefolgt, welche somit das Resultat von externen Einflüssen und Übernahmen wie auch von Interaktionen innerhalb der nationalen politischen Körperschaften war. Der Ursprung und der Ausdruck dieser Prozesse sind der Gegenstand der Konferenz.

Kontaktangaben, www-Adresse

Quelle: Radka Sustrova (Masaryk Institute and Archives of Czech Academy of Sciences: Gabčíkova 2362/10, 182 00, Prague 8, Czech Republic), sustrova@mua.cas.cz; <https://www.mua.cas.cz/cs/akce/cfp-1938-and-the-politics-of-homogenization-protecting-the-nation-in-europe-on-the-eve-of-wwii-1374>; <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=36560>

Contact – Conquest – Colonization

Practices of Comparing between Europe, Africa, Asia and the Americas, from Antiquity to Present

11. – 13.10.2018

Bielefeld: ZIF

Unser Alltag mit seinen Ratings und Rankings, Wettbewerben und Casting-Shows wird von der gesellschaftlichen Praxis des Vergleichens bestimmt und zunehmend dominiert. Die mit dem Vergleichen verbundenen Operationen sind scheinbar anthropologisch fundiert. Mit der Geschichte, den gesellschaftlichen und kulturellen Ursachen, den Funktionen und den Wirkungen des Vergleichens will der neue Sonderforschungsbereich „Praktiken des Vergleichens“ ein neues Forschungsparadigma erkunden. Der SFB 1288 verschiebt den Akzent von einer scheinbar invarianten Operation – dem Vergleich – auf die Geschichte und die Kultur einer Praxis – des Vergleichens: Was tun Akteure, wenn sie vergleichen? Der Forschungsverbund ist interdisziplinäre und berücksichtigt Geschichts- und Literaturwissenschaft, Philosophie, Kunstgeschichte, Politik- und Rechtswissenschaft.

Der zentrale Begriff, den der SFB favorisiert, ist „Praxistheorie“. Im Sinne solcher Ansätze fragt er, wie sich die historisch variablen Praktiken des Vergleichens zu Routinen, Regeln, Habitus, Institutionen und Diskursen fügen und so Strukturen schaffen, aber auch Dynamiken mittlerer Reichweite oder übergreifenden Wandel anstoßen können.

Quelle: [http://www.uni-bielefeld.de/\(de\)/sfb1288/index.html](http://www.uni-bielefeld.de/(de)/sfb1288/index.html).

<p>The Refugees, Borders and Membership Conference</p> <p>Call for papers</p>	<p>24. – 26.10.2018</p> <p>Malmö: Universität, Nordenskiöldsgatan 1</p>
--	---

Das Malmö Institute for Studies of Migration, Diversity and Welfare lädt zu einer internationalen Konferenz ein, in der versucht werden soll, die komplexe Beziehung zwischen Flüchtlingsmigration und vom Gesetz hergestellten und sozio-kulturell gegebenen Grenzen sowohl zwischen wie auch innerhalb von Staaten und Kontinenten auszuleuchten. Fragen von Zugehörigkeit und Zugehörigkeitsgefühl (belonging) werden behandelt. Weitere inhaltliche Angaben machen die Veranstalter nicht.

Keynote addresses werden von David Miller (Oxford University) und Ellen Kraly (Colgate University) erwartet.

Kontakt: Christian Fernández (christian.fernandez@mah.se); website: <https://www.mah.se/Om-Malmo-universitet/Evenemang/Konferenser-och-seminarier/Open-International-Conference/Anmalan-Open-International-Conference/>

Quelle: <http://www.connections.clio-online.net/termine/id=37405>

<p>Europa im Wandel – Mauern errichten oder einreißen?</p> <p>Ein Diskurs aus unterschiedlichen nationalen Perspektiven. Anregungen für einen europabezogenen, digitalen Unterricht</p> <p>15. Europäisches Lehrerseminar in Kooperation mit der tschechischen Sektion der AEDE und europtimus, AEDE Österreich</p>	<p>26. – 28.10.2018</p> <p>Ortenburg</p>
--	--

Mit Sorge verzeichnen wir die euroskeptischen Töne, die bei den Briten immerhin zum BREXIT geführt haben. Uneinigkeit herrscht über den Umgang mit Flüchtlingen. Worauf müssen wir uns einstellen? Schaden Krisen der EU oder sind sie ein Element, an das wir uns gewöhnen müssen und das konstitutiv für Verständigung und Lösungen ist? Abschottungsgelüsten und einer Rückbesinnung auf das Nationale steht aber auch eine rasant wachsende, digitale, europäische Zivilgesellschaft gegenüber. Wie reagiert Schule? Wie reagiert Didaktik? Welche Herausforderungen aber auch welche Chancen ergeben sich für einen europabezogenen digitalen Unterricht? Praktiker sollen im Rahmen des Seminars konkrete online-Projekte vorstellen. Darüber hinaus bietet das Seminar vor allem Gelegenheit, Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Ländern persönlich (face to face) zu begegnen.

Zum besseren Verständnis unterschiedlicher nationaler Interessen haben wir eine Herangehensweise an das Thema aus tschechischer, österreichischer und deutscher Sicht gewählt. Die Veranstaltung findet als Kooperation mit der tschechischen und österreichischen Sektion der AEDE statt.

Die Veranstaltung findet als Kooperation mit der tschechischen und österreichischen Sektion der AEDE statt: Zdenek Kohout, České Budějovice (Präsident der tschechischen Sektion der AEDE), Mag.a Elisabeth Dittrich, Wien (Präsidentin der AEDE-Sektion Österreich und Vizepräsidentin der AEDE Europe), Alfons Scholten, Duisburg (Bundesvorsitzender EBB-AEDE). Tagungsbeitrag: 100 – 150 €.

Anmeldungen bzw. Rückfragen: Klaus Engel, EBB-AEDE Bundesgeschäftsstelle, Nepomuk-Maier-Straße 5a, 94501 Aldersbach (Tel.: 08543 /4894221, eMail: geschaeftsstelle@ebb-aede.eu). Anmeldung erbeten bis 1. September 2018. Website: <http://www.ebb-aede.eu/Angebote/ortenburg-2018.html>

Quelle: 14.6.18–19:45

<p>Tourismus nach Plan</p> <p>Begegnungen, Deutungen und Erfahrungen im östlichen Europa während des Kalten Krieges</p>	<p>8. – 10.11.2018</p> <p>Lüneburg</p>
--	--

Die geplante Tagung beschäftigt sich mit dem Tourismus in das östliche Europa nach 1945. Aufgrund der politischen Situation im Kalten Krieg kam eine besondere Art des kontrollierten Reisens zustande, die seit den 1950er Jahren eine stetig anwachsende Bedeutung für die Kontakte zwischen Ost- und Westeuropa hatte.

Das Ziel der Tagung besteht darin, anhand vielfältiger Beispiele die unterschiedlichen Modi zu diskutieren, in denen Länder, Regionen oder Orte durch touristische Begegnungen erfahren und gedeutet wurden. Im Vordergrund stehen die Unterschiede zwischen verschiedenen Zielen und Funktionen des Tourismus auf Seiten der Reisenden sowie auf Seiten der Gastgeberländer. Welche Rolle spielen tradierte Interpretationsmuster, aber auch aktuelle politische Ereignisse, Werbung oder familiäre Verbindungen? Was waren die Funktionsweisen, aber auch die Grenzen und Unzulänglichkeiten der touristischen Einrichtungen?

Gleichzeitig soll gefragt werden, welcher Praktiken sich die Gastgeberländer bedienen, um bestimmte Lesarten der touristisch genutzten Orte zu befördern. Wie veränderten diese die Sichtweise der Bevölkerung auf ihre eigene Umwelt? Es sollen auch die organisatorischen Arrangements (Kontrolle!), die den Tourismus im östlichen Europa überhaupt ermöglichten, diskutiert werden. Mit der Tagung wird angestrebt, Erfahrungen, Adaptionen und Ordnungen als Themen von Tourismus zu analysieren und zueinander in Beziehung zu setzen.

Kontakt: David Feest c/o IKGn e. V. – Nordost-Institut an der Universität Hamburg Conventstr. 1, 21335 Lüneburg (d.feest@ikgn.de)

Quelle und Info: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=36267>.

Religion als Bedrohung oder Hafen – religiöse Stereotypen in medialen Vermittlungen des 20. Jahrhunderts

14. – 16.11.2018
N.N.

Die Konferenz setzt sich zum Ziel, Ansätze der Historischen Stereotypenforschung mit religionswissenschaftlichen und kirchenhistorischen Perspektiven ins Gespräch zu bringen. Verhandelt werden religiöse und konfessionelle Stereotypen (also Heterostereotypen, Fremdbilder) und Autostereotypen (Selbstbilder) religiöser und konfessioneller Gruppen. Die Konferenz konzentriert sich auf die Rolle von Stereotypen der drei monotheistischen Religionen samt all ihren Binnendifferenzierungen, auf das 20. Jahrhundert und auf die mediale Vermittlung der Stereotypen. Es geht nicht nur um die Beschreibung stereotyper Selbst- und Fremdwahrnehmungen, sondern es sind gleichzeitig funktionale, analytische Fragen zu stellen. Die Frage nach einer möglichen Funktion von Stereotypen zur Stabilisierung von Gruppenidentitäten (z.B. Nationen) sollte analog auch im Bereich der Wahrnehmungen von Religionen und Konfessionen und ihrer Institutionen gestellt werden. Es geht also um die Identitätsrelevanz religiös konnotierter Stereotypen ebenso wie um das Verhältnis von Hetero- und Autostereotypen in diesem Bereich. Da religiöse Stereotypen kaum isoliert existieren, sind auch die Interferenzen zwischen Religion / Konfession und Kultur, Politik und Nation zu untersuchen.

Die Tagung findet vorbehaltlich einer Förderung durch wissenschaftliche Stiftungen statt. Folgende Sektionen sind vorgesehen: Sektion I (Stereotypenforschung und Religion. Methodische Überlegungen), Sektion II (Religiös konnotierte *Gender*-Stereotypen), Sektion III (Didaktische Dimension religiöser Stereotypen), Sektion IV (Auto- und Heterostereotypen in der Binnendifferenzierung monotheistischer Religionen), Sektion V (Religiöse Stereotypen in fiktionalen Darstellungen und Verschwörungstheorien).

Fremde Religionen werden gerade in fiktionalen Werken oft stereotypisiert und der eignen kontrastiv gegenübergestellt. Gleichzeitig wird Religion (gleich welcher Denomination) aber auch generell stereotypisiert und der vermeintlich aufgeklärt-säkularen Welt gegenübergestellt. Dass einigen Religionen Weltverschwörungsprojekte (z.B. „jüdische Weltverschwörung“, Jesuiten, Eurabia) nachgesagt werden, lädt dazu ein, diesen Zusammenhang auch auf einer komparativen Basis zu untersuchen. Die Veranstalter schlagen vor, von einem Verständnis von Stereotypen als emotional aufgeladenen Verallgemeinerungen auszugehen und auf dieser Basis die aus- und abgrenzenden Funktionen zu untersuchen.

Die Organisation liegt bei Dr. Andrea Strübind (Institut für Evangelische Theologie und Religionspädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg), Herausgeberin der Zeitschrift für Kirchliche Zeitgeschichte, bei Prof. em. Dr. Hans Henning Hahn (*Arbeitsstelle für Historische Stereotypenforschung* am Institut für Geschichte der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) und bei PD Dr. Tobias Weger (*Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*).

Text: <http://www.stereotyp-und-geschichte.de/konferenz/>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=36093>

Global Education Week

Die Welt ändert sich – und wir? Gemeinsames Globales Lernen als Chance

19. – 25.11.2018

Im September 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) verabschiedet. Die diesjährige Global Education Week in Deutschland stellt SDG 4 und SDG 17 in den Vordergrund. Das SDG 4 steht für hochwertige Bildung und die Möglichkeit lebenslangen Lernens für alle Menschen weltweit. In Unterpunkt 4.7 werden Themen des Globalen Lernens ergänzt um u. a. bürgerschaftliches Engagement, kulturelle Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und Wissen zu nachhaltigen Lebensformen. Das SDG 17 steht für globale Partnerschaften zwischen Organisationen und Regierungen, aber auch zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen.



Die Global Education Week wird in Deutschland von der „Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd“ beim World University Service (WUS) koordiniert und europaweit vom Nord-Süd-Zentrum des Europarates getragen. Die europaweite Woche hat zum Ziel, die Themen des Globalen Lernens in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Deshalb hat der WUS NROs, Schulen, Universitäten, staatliche Institutionen, lokale und regionale Initiativen dazu



eingeladen, im Rahmen der Global Education Week eine Veranstaltung zu organisieren.

Information: <https://www.wusgermany.de/de/globales-lernen/informationsstelle-bildungsauftrag-nord-sued/global-education-week>

Kontakt: World University Service – Deutsches Komitee e.V. / Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd (Dr. Ursula Grünenwald, Anne-Sophie Tramer), Goebenstr. 35, 65195 Wiesbaden; Tel.: 0611 / 9446170, Fax: 0611 / 446489; infostelle3@wusgermany.de; Internet: www.informationsstelle-nord-sued.de



Global Education Week Unbuilding Walls	26. 5. – 25. 11. 2018 Venedig: Biennale für Architektur/ Deutscher Pavillon
---	--

Der diesjährige Deutsche Pavillon der Biennale für Architektur in Venedig behandelt das Leben im Schatten von Grenzmauern. Der Fokus liegt auf der Berliner Mauer (1961-1989), daneben widmet sich eine Videoinstallation der Einrichtung von Grenzmauern weltweit und deren Folgen für das soziale Leben. Betroffene kommen zu Wort und vermitteln ihre alltäglichen Erfahrungen. Kuratiert wird der Pavillon von Marianne Birthler, Lars Krückeberg, Wolfram Putz und Thomas Willemeit.

Information: www.labiennale.org/en/architecture/2018/national-participations/germany

Zukunftsvorstellungen im osmanischen Europa (15.-20. Jahrhundert) Jahreskonferenz 2018 des Arbeitskreises „Osmanisches Europa“	22.–24.11.2018 Bochum: Ruhr-Universität, ZMS (Zentrum für Mittelmeerstudien)
--	--

In der Tagung soll versucht werden, den bekannten Ansatz von Lucian Hölscher („Die Entdeckung der Zukunft“) auf den Südosten Europas anzuwenden und damit eine Lücke in der Forschung anzugehen. Man hat seine Fokussierung auf Elitenkulturen bemängelt und darauf hingewiesen, dass auch nach den Wendezeiten um 1770 und 1830 Kontinuitäten älterer „Typen“ von Zukunftsvorstellungen zu beobachten sind. Peter Burke hat die Rationalität der frühen Neuzeit und die Fähigkeit vieler Menschen dieser Epoche, langfristige Zukunftsplanungen zu betreiben und Entwicklungen zu antizipieren, hervorgehoben. Inspiriert von Hölschers Konzept der „Zukunftserwartung“ soll auch der Vor- und Frühmoderne und ihrem „Weiterleben“ im 19. und 20. Jahrhundert Anerkennung widerfahren.

Aus der Perspektive der Geschichte des osmanischen Europas, die in der häufig als maßgebend angesehenen Geschichte des westlichen Europas nicht aufgeht, stellen sich Fragen: Wann und unter welchen Bedingungen ist im osmanischen Europa der Wandel von eschatologischer Endzeit-Zukunft zur „genetisch-säkularen“, zur „modernen“ offenen und „fortschrittlichen“ geschehen? Was waren die Antriebskräfte dieses Wandels? Waren vormoderne Zukunftsvorstellungen gleichsam unverbunden mit dem Auftritt der modernen „Fortschritts“-Zukunft seit etwa 1770? Gab es osmanisch-europäische Spezifika der Zukunftsvorstellungen — etwa aus der Konkurrenzsituation von Islam, Orthodoxie und Katholizismus? Wie war das Verhältnis zwischen „autochthonen“ Zukunftsvorstellungen und denen, die die aus den verschiedensten Richtungen kommenden Eroberer und europäischen Hegemonialmächte mitbrachten? Gab es im osmanischen Europa ähnliche „Wellen“ der „Entfaltung“ politisch-sozialer Zukunftshorizonte wie die von Lucian Hölscher beobachteten und herausgearbeiteten im „Westen“?

Kontakt: bereichssekretariat5@rub.de (Dr. Andreas Helmedach, Prof. Dr. Markus Koller)

Im Vorfeld der Jahreskonferenz findet der 7. Nachwuchsworkshop des ZMS (20.–22. 11. 2018) statt. In Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik besteht gesteigerter Bedarf an wissenschaftlicher Information über die Vernetzungen, Übergänge und Kontinuitäten mediterraner Geschichte, Politik, Gesellschaft und Kultur. Aus diesem Grund möchte das Zentrum für Mittelmeerstudien Nachwuchswissenschaftlerinnen und wissenschaftler der Mittelmeerforschung im Kraftfeld der Debatten um das Verhältnis von area studies und global studies zu einem gewinnbringenden Austausch zusammenbringen — nun schon zum siebten Mal. Konferenzsprache im Nachwuchsworkshop ist Deutsch; englischsprachige Beiträge sind möglich. Nähere Informationen zu dem workshop: <https://www.hsozkult.de/event/id/termine-36346>). Bewerbungen für eine Präsentation sind noch willkommen bis zum 15.9.2018 an folgende Adresse: mittelmeerstudien@rub.de. Die Kosten für Anreise und Übernachtung können nach Absprache übernommen bzw. bezuschusst werden. Bewerbungen mit einem Exposé (ca. 500 Wörter + 5 Keywords) für eine etwa zwanzigminütige Präsentation sowie knappe biographische und akademische Informationen werden in einer PDF-Datei erbeten an. Rückfragen und weitere Informationen: Fabian.brinkmann@rub.de (Tel.: +49 (0) 234 / 32 – 29171), Zentrum für Mittelmeerstudien, Am Bergbaumuseum 31, 44791 Bochum

Quelle: <http://www.zms.ruhr-uni-bochum.de/>; <http://www.zms.rub.de/aktuelles/2018/news00054.html> de

On the Move: Migration and Diasporas Call for papers	29.11. – 1.12.2018 Tartu: Estonian Literary Museum
---	---

Das Centre of Excellence in Estonian Studies lädt international Fachleute unterschiedlicher Fachrichtungen ein, Fragen der Migration und Diaspora einschl. Exil zu diskutieren. Im einzelnen könnte das sein: das Konzept „Diaspora“ und die Veränderungen seiner Verwendung, Transnationalismus, othering and Xenophobie, Wellen von Migration and Re-Migration. Dabei interessieren die Verursachungsfaktoren und die Zielländer, Ähnlichkeiten und Unterschiede und die konkreten Wege. Außerdem nennen die Organisatoren die gegenwärtige „Migrationskrise“, Migration als Lebensstil, die soziale und kulturelle Aufnahme im Gastland, die Herstellung von Identität, einschl. Bindestrich- und transnationale Identitäten, die Ordnung der Hausarbeit in diasporischen Gemeinschaften, Veränderungen im Gebrauch der Herkunftssprache und Zwei- und Mehrsprachigkeit, kommunikative Netzwerke und Kontakte der diasporischen Gemeinden mit ihren Herkunftsländern; schließlich für die Migrationsforschung: ihre Quellen und Methoden einschl. das Abfassen von Lebensgeschichten und mündliche Interviews und die Darstellung von Migration und Diaspora in der Literatur und in den darstellenden Künsten und in der Exildichtung.

Keynote speakers werden sein: Vytis Ciubrinskas (Professor für Social and Cultural Anthropology, Vytautas Magnus Universität und Southern Illinois University) und Sari Pöyhönen (Professor für Angewandte Linguistik, Universität Jyväskylä).

Das Organisationskomitee besteht aus: Leena Kurvet-Käosaar, Triinu Ojamaa, Aija Sakova, Marin Laak, Mare Kõiva, Piret Voolaid, Anne Ostrak, email: migrationdiaspora@folklore.ee. Homepage: <https://www.folklore.ee/CEES/migrationdiaspora2018/>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=37371>

Villains! Constructing Narratives of Evil	6. – 8.2.2019 Gießen: Universität
--	--

Der Schurke, der Gauner, der Halunke, der Übeltäter, der Bösewicht ist nicht einfach der Exekutor des Bösen; er kann das missverstandene Produkt einer Verletzung, der Indikator für den moralischen Verfall einer Gesellschaft sein. Die Tagung will diese Figur des Bösen aus historischem, religiösem und kulturwissenschaftlichem Blickwinkel beleuchten. Die Veranstalter schreiben: „Rather than as a subservient Other of the hero, we would like to conceptualize the villain as its own archetype.“

Den Bösewicht definiert entweder der Mangel an Tugend oder die Anwesenheit von Lastern. In dieser Tradition dient die Konstruktion des Narrativs vom Bösen dem Zweck, aus seiner Untugend Besseres zu lernen. Das trifft auch für das Christentum zu. In der Romantik trat die Funktion des warnenden Beispiels hinter dem Bösen als tragischem Charakter zurück. Solche Tendenzen zur Romantisierung des Bösen haben sich bis in die Neuzeit erhalten. Die Figur des verbrecherischen Genies, des Geächteten, des wahnsinnigen Forschers wurde auch Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Aus der neueren Literatur beziehen sich die Veranstalter u.a. auf Walter Benjamin (*Zur Kritik der Gewalt*, 1921), Eric Hobsbawm (*Primitive Rebels*, 1959) und auf Samuel Weber (*Theatricality as Medium*, 2009).

Abstracts für einen 15- bis 20minütigen Vortrag sollten 300 Worte nicht überschreiten und eine kurze Biographie enthalten). Adresse zur Einsendung bis 12. August 2018: villainsconference@gcsc.uni-giessen.de.

Kontakt: Philipp Brockkötter c/o International Graduate Center for the Study of Culture, Alter Steinbacher Weg 38, 35394 Gießen (villainsconference@gcsc.uni-giessen.de)

Quelle und Info: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=37449>.

Zeit und Zeitlichkeit in der asiatischen und europäischen Moderne. Call for papers	14. – 15.2.2019 Hyderabad
---	--

Die Konferenz hat vor, den exotischen Eindruck rund um Zeit und Zeitlichkeit in Asien/Europa im modernen Kontext in verschiedenen Dimensionen neu zu dekonstruieren: historisch/naturalistisch, wissenschaftlich/gesellschaftlich, kulturell/metaphysisch, religiös/säkular usw. Das Problem der Zeitvorstellung war immer mit der Frage verknüpft, inwieweit sie erst durch eine spezielle Anschauung im menschlichen Bewusstsein „erschaffen“ wird oder unabhängig davon objektiv gegeben ist. In der europäischen Geschichte reichen die ersten systematischen Gedanken über die Zeit bis zu Platon und Aristoteles zurück. In jüngerer Zeit geht die Philosophie von einer Unterscheidung absoluter Zeitbestimmungen und relativer Zeitbestimmungen aus.

In Asien wie in Europa lässt unsere Alltagserfahrung den Schluss zu, dass Zeit auch unabhängig von bewusst wahrgenommenen Objekten und ihrer Veränderlichkeit besteht, dass sie dabei kulturell jedoch sehr unterschiedlich aufgefasst und verinnerlicht werden kann.

Wir fragen uns beispielsweise, wie die astrologische und kalendarische Zeitlichkeit in den asiatischen Kulturen aufgenommen wird. Die Konferenz wird beleuchten, wie Sprache mehr Tiefe erhält durch Verwendung von verschiedenen Zeitformen. Angesichts der Multikulturalität gelebter Erfahrungen ist das buddhistische Konzept der Zeit *Samaya* zu untersuchen, das einen großen Teil der asiatischen Vergangenheit und Gegenwart beeinflusst hat. Wir werden darüber nachdenken, wie sich die turnusmäßige Natur der Zeit auf die kausale Beziehung von Karma in zyklischen Zeitvorstellungen beziehen kann, selbst wenn die Zeit im Bewusstsein derer mit zoroastrischer Abstammung als linear betrachtet wird.

Außerdem betrachten wir das chinesische Konzept von Zeit und Zeitlichkeit. Die Konferenzbeiträge werden diese Temporalitäten interkulturell gegenüberstellen. Ein anderes Bewusstsein und eine gelebte Tradition der Zeit bietet der islamische Zeitbegriff, der sich um drei Traditionen dreht: Islamisches Kalam (Ilm alKalam) oder Theologie, islamische Philosophie und islamische Mystik (Sufismus).

Organisation: die Departments of Germanic Studies und English Literatures, EFL University, Hyderabad (Indien) in akademischer Kooperation mit der Universität Vechta, Ansprechperson: Prof. Dr. Burghart Schmidt, Driverstraße 22, 49377 Vechta (burghart.schmidt@uni-vechta.de).

Quelle und weitere Information: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=37401>.

<p>X. Forschungstag Frankreich und Frankophonie Frankophones Forschungsseminar</p>	<p>3.–4.5.2019 Innsbruck: Universität</p>
---	---

Seit vielen Jahren organisiert das Frankophone Forschungsseminar der Universität Leipzig (FFSL) den Forschungstag „Frankreich und Frankophonie“, der 2012 in Frankfurt, 2013 in Siegen und 2016 in Bayreuth stattfand. Im Jahr 2019 fungiert das Institut für Romanistik der Universität Innsbruck als Gastgeber darf. Wie bei den vorhergehenden Forschungstagen soll die Vielfalt der Projektvorstellung nicht durch ein Rahmenthema eingeschränkt werden, sondern offen bleiben. Großen Wert legen die OrganisatorenInnen auf die Beteiligung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern (Magisterarbeiten, Masterarbeiten, Dissertationen, Habilitationen und sonstige Projekte). Ziel ist es, in der Diskussion Anregungen und Informationen zu erhalten, die für die einzelnen Projekte gewinnbringend sein können. Jeder / jedem Vortragenden stehen 20 Minuten zur Darstellung des Vorhabens und 25 Minuten für die Diskussion zur Verfügung, so dass insgesamt ca. 12 Vorträge aufgenommen werden können (Sprachen: Französisch, Deutsch oder auch auf Englisch). Die Organisatorinnen sind bemüht, Zuschüsse für Reise- und Unterkunftskosten zu beschaffen.

Das Angebot richtet sich vor allem an Wissenschaftlerinnen / Wissenschaftler der Literatur-, Sprach-, Theater- und Kultur- und Medienwissenschaften und der Geschichtswissenschaften, der Soziologie, Ethnologie, Archäologie, Politikwissenschaft, Geographie und Wirtschaftswissenschaft, die zu Themen aus der Kulturtheorie wie Migration, Minderheiten, Diaspora, Gender, Hybridität, Reisen, Landkarten und Transmedialität arbeiten. Vorschläge können bis spätestens 15. Januar 2019 mit einem Abstract und einem kurzen CV gemacht werden. Die Unterlagen sollen per Mail geschickt werden an: birgit.mertz-baumgartner@uibk.ac.at und julia.proell@uibk.ac.at (Julia Pröll, Institut für Romanistik, Universität Innsbruck, Innrain 52, A–6020 Innsbruck, Tel. 0043 / 512 507 4210

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=37734>

<p>Culture & International History VI Visions of Humanity</p>	<p>6. –8.5.2019 Berlin: Freie Universität</p>
--	---

Die Symposiensreihe „Culture & International History“ wurde 1999 aus der Taufe gehoben und hat seitdem in Wittenberg, Frankfurt, Köln und Berlin stattgefunden. Ergebnisse wurden bei Berghahn Books in der Reihe *Explorations in Culture and International History* veröffentlicht.

„Visions of Humanity“ will dem wachsenden Interesse an Überlegungen, Verlautbarungen, Politischen Initiativen und Aktionen, die im Namen des Gemeinsinns (*common concern*) an ein transnationales, internationales und globales Publikum appellieren, entsprechen.

Die internationale Geschichte ist voll von Menschen und Organisationen, die mit dem Bemühen, eine Identität der Gemeinsamkeit, auf der Basis internationaler und globaler Bezüge ein „Wir“ zu schaffen, für Visionen von Humanität eingetreten sind. Aber wer ist es, der ein „Wir“ darstellt? Was ist es, das die Mitglieder des „Wir“ einander ähnlich macht? Wer ist ein Teil von Humanität, wer nicht? Wie ging das, jemanden in Humanität ein- oder aus Humanität auszuschließen, und wer definierte oder bestritt jeweils die entsprechenden Kriterien und Urteile?

Die Veranstalter proposals laden Studenten und Wissenschaftler dazu ein, bis 8. Juli 2018 ihre Vorschläge einzureichen, d.h. ein Anschreiben, den Titel ihres Beitrags und ein Abstrakt von max. 500 Worten und 1 Seite CV (alles in einem pdf-file).

Kontakt: John F. Kennedy Institute, Lansstr. 7–9, 14195 Berlin, Jessica Gienow-Hecht, Sebastian Jobs, Sönke Kunkel (soenke.kunkel@fu-berlin.de), verena.specht@fu-berlin.de

Quelle und weitere Information: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=37404>.

<p>Europeanization, What Else?! Ideas and Practices Since the 18th Century</p> <p>10. Jahreskonferenz des Research Network on the History of the Idea of Europe</p>	<p>13. – 15.6.2019</p> <p>Graz</p>
---	--

Auf der Suche nach Erklärungen für Brexit und Neo-Nationalismus, für Strukturschwäche und Demokratiedefizit supranationalen Regierens in Europa hat auch die Geschichtswissenschaft Europäisierung als einen Kernprozess der jüngeren europäischen Zeitgeschichte erkannt. Die vom Institut für Rechtswissenschaftliche Grundlagen am Fachbereich Rechtsgeschichte und Europäische Rechtsentwicklung der Karl-Franzens-Universität Graz ausgerichtete Konferenz will sowohl empirische Bausteine einer Geschichte der Europäisierung sammeln als auch zur definitorischen Schärfung beitragen — vom 18. Jahrhundert bis in die jüngste Vergangenheit. Durch den Fokus auf Praktiken und Akteure der Europäisierung strebt die Konferenz an, den ideengeschichtlichen und den praxeologischen bzw. integrationsgeschichtlichen Teil der Europaforschung stärker zusammenzuführen, die bislang zu häufig getrennt voneinander standen.

Folgende Themenbereiche sollen behandelt werden:

- 1.) Theorie(n) der Europäisierung.
- 2.) Auf empirischer Ebene gilt es, Akteure, Orte und Arenen der Europäisierung auszuleuchten.
- 3.) Das Zusammenwirken und die Wechselbeziehungen zwischen Ideen und Praktiken der Europäisierung. So ist bislang von der europäischen Kultur- und Ideengeschichte nur unzureichend erforscht worden, wie die wachsende strukturelle Verdichtung in Europa und europabezogene Deutungen zusammenhängen.
- 4.) Ein vierter Themenblock soll die Erfahrungswelten der Europäisierung behandeln. Wie beeinflussten Aspekte einer Europäisierung Lebenswelten und Alltag von EuropäerInnen seit dem 18. Jahrhundert?

Organisation: Prof. Dr. Anita Ziegerhofer (Karl-Franzens-Universität Graz), Dr. Peter Pichler (Graz), Dr. Florian Greiner (Universität Augsburg), Dr. Jan Vermeiren (University of East Anglia).

Kontakt: Florian Greiner (Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Augsburg): florian.greiner@philhist.uni-augsburg.de; <http://www.historyideaofeurope.org>

Quelle und Information: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=36606>.

Impressum

interkulturell aktuell (SSIP-Mitteilungen)

Herausgeber:
Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für
Interkulturelle Perspektiven (SSIP) e.V.

Gesamtleitung: Armin Triebel, Berlin
Layout und Gestaltung: Gerd Ulrich Bauer,
Bad Vilbel

Geschäftsstelle:
Wielandstr. 35
12159 Berlin
www.ssip-web.de
Tel.: +49 (0)30/8510339-0
Fax: +49 (0)30/8510339-1
Mail: mitteilungen@SSIP-web.de

Die *ika – interkulturell aktuell* („SSIP-Mitteilungen“) können Sie abonnieren: Der Jahresbeitrag von 50,- € schließt die Mitgliedschaft im *Sozialwissenschaftlichen Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven* e. V. ein. Die *SSIP-Mitteilungen* werden nach Wunsch als pdf-Datei oder als Druckausgabe verschickt.

Bankverbindung:
GLS-Bank Bochum
IBAN: DE51 4306 0967 1218 6594 00
BIC: GENODEM1GLS

© SSIP, 2018. Bitte zitieren Sie mit der Quellen-
Angabe „SSIP-IKA“.

Titel: Wort-Bild-Marke für das Europäische
Kulturerbejahr 2018, „Sharing Heritage“

Climate Partner Logo

Autorenkürzel:

FN Ferdinand Niedlich
JG Juliane Ganzel
AT Armin Triebel
GUB Gerd Ulrich Bauer

